

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 7 011 Dönhoff 292 bis 297
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 10 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Urteil von Leipzig

Eine halbe Entscheidung — Verfassungsfragen sind Machtfragen!

Leipzig, 25. Oktober.

Der Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke verkündete pünktlich um 12 Uhr die Entscheidung des Staatsgerichtshofes dahin:

„Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen ist mit der Reichsverfassung vereinbar, soweit sie den Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt und ihn ermächtigt, preussischen Ministern vorübergehend Amtsbefugnisse zu entziehen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Personen als Kommissaren des Reiches zu übertragen.

Diese Ermächtigung durfte sich aber nicht darauf erstrecken, dem preussischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern die Vertretung des Landes Preußen im Reichstag, im Reichsrat, oder sonst gegenüber dem Reich oder gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat oder gegenüber anderen Ländern zu entziehen.

Soweit den Anträgen hiernach nicht entsprochen wird, werden sie zurückgewiesen.“

Was bedeutet das Urteil?

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

In dem Augenblick, da diese Zeilen in Druck gehen, ist die Rechtslage nach dem Leipziger Urteilspruch noch nicht völlig zu überschauen. Aber eines steht bereits fest, der Staatsgerichtshof hat ausdrücklich festgestellt und damit Preußen gemäß seinem Antrage von dem tiefkränkenden Vorwurf der Pflichtverletzung befreit,

daß eine Pflichtverletzung des Landes Preußen nicht vorgelegen hat. Infolgedessen Artikel 48 Abs. 1 nicht in Frage kommt.

Neben dieser sehr wesentlichen Feststellung hat der Staatsgerichtshof verfassungsgemäß den Herren von Papen und Bracht den Boden ihrer Existenz dadurch zum mindesten wesentlich beeinträchtigt, daß er den Kommissaren des Reichspräsidenten die Vertretung Preußens gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften, also gegenüber Reichstag und Landtag Reichsrat und Staatsrat ausdrücklich genommen hat. Dadurch wird der provisorische Charakter der Kommissarherrschaft betont. Ausdrücklich spricht der Staatsgerichtshof in seinem Urteil dem Reichskommissar nur die Befugnis zu, den preussischen Ministern nur vorübergehend die Verfügungsberechtigung über ihre Ämter zu entziehen.

Das bedeutet, daß die Pläne des Herrn von Papen, Verfassungsreform auf dem Wege über die Zustimmung durch den Reichsrat zu beschreiben, empfindlich gestört sind. Denn die preussischen Reichsratsstimmen werden nunmehr allein instruiert und geführt von der Regierung Braun-Hirtfelder.

Einen großen Teil der in den Anträgen niedergelegten Fragen hat der Staatsgerichtshof unbeantwortet gelassen.

Es steht fest, daß das Urteil des Staatsgerichtshofes für den Reichskanzler von Papen und seinen Preußenskommissar, Herr Bracht, eine schwere Beeinträchtigung in ihrem Ansehen gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften des Landes

Preußen bedeutet. Das kann nicht ohne Rückwirkung auf ihre Stellung gegenüber der Exekutive sein, die durch dieses Urteil des Staatsgerichtshofes darauf hingewiesen wird, daß die rechtmäßige preussische Staatsregierung nach wie vor besteht.

Ein politisches Urteil

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes ist eine politische, keine rechtliche. Der Staatsgerichtshof ist dem schweren Konflikt mit dem Reich ausgemichen, der sich ergeben hätte, wenn er den Anspruch der preussischen Regierung in vollem Umfang anerkannt haben würde. Es ist allerdings zuzugeben, daß Reichskanzler und Reichspräsident bei einer solchen Entscheidung in eine katastrophale Lage geraten wären. Diese Konsequenzen ihres Eingriffs in die Rechte Preußens mußten sie aber tragen. Der Staatsgerichtshof hat die Papen-Regierung vor einer solchen Katastrophe bewahrt. Sein Urteil ist das Gegenteil eines salomonischen: es hat das strittige Kindlein fein säuberlich in zwei Hälften

zerlegt und jeder der streitenden Mütter je eine Hälfte zuerkannt.

In der Entscheidung des Staatsgerichtshofes liegt die Verneinung des Hauptvorwurfs, der von der Papen-Regierung gegen das Preußensministerium erhoben wurde, daß dieses nämlich keine Pflichten gegen das Reich verletzt habe. Als Entschädigung für diese sanfte Züchtigung gesteht aber die Entscheidung der Reichsregierung das Recht zu, auf Grund des Absatzes 2 des Artikels 48 (wegen Störung der Ruhe und Ordnung) für bestimmte Aufgaben vorübergehend einen Reichskommissar zu bestellen. Aber nur vorübergehend und für bestimmte Aufgabengebiete. Die Existenz der preussischen Regierung als solche dürfte nicht angetastet werden.

Damit bestehen nun nach diesem Urteilspruch beide zu Recht: der Staatskommissar und die Preußen-Regierung, freilich mit einem gewaltigen Unterschied: der erste zwar vorübergehend, doch mit überragender Machtfülle, die andere zwar als Dauergebilde, aber praktisch mit geringer Wirkungsmöglichkeit. Wie sich das praktisch auswirken wird und soll, wissen die Götter.

Die Begründung des Urteils

Der Begründung schickte der Vorsitzende, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, die Bemerkung voraus, daß er naturgemäß darauf verzichten müsse, die ganze Fülle der Gesichtspunkte, die in der Verhandlung zutage getreten seien, auch nur einigermaßen zu erschöpfen. Ueber den wesentlichen Inhalt der Gründe, von denen der Staatsgerichtshof bei seiner Entscheidung ausgegangen sei, führte er aus:

Die Anträge, über die der Staatsgerichtshof zu entscheiden hatte, zerfielen in drei Gruppen. Die erste Gruppe bilden die Anträge, die sich unmittelbar gegen die Verordnung vom 20. Juli und deren Auswirkungen richten. Mit der zweiten Gruppe wird eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes darüber angestrebt, daß gewisse Maßnahmen auf Grund des Art. 48 niemals und unter keinen Umständen getroffen werden dürfen. Die dritte Gruppe bildet der Antrag, durch einen besonderen Ausdruck festzustellen, daß die Behauptungen des Reichs, Preußen habe seine Pflicht gegen das Reich nicht erfüllt, nicht begründet und nicht erwiesen seien.

Eine sachliche Entscheidung auf die Anträge der zweiten Gruppe hat der Staatsgerichtshof abgelehnt. Er verneint nicht, daß die Länder ein Interesse daran haben, die Grenzen, die bei Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 den Ländern gegenüber eingehalten werden müssen, ein für allemal festgelegt zu sehen. Dieses Interesse ist aber politischer Natur und reicht nicht aus, um die Annahme zu begründen, daß eine Streitigkeit im Sinne des Artikels 19 der Reichsverfassung vorliegt.

Dieser Begriff erfordert anders als der in den Artikeln 13 Abs. 2 und 15 Abs. 3 der Reichsverfassung umschriebene Begriff der Meinungsverschiedenheit das Vorliegen eines bestimmten Einzelstatbestandes. An diesem fehlt es bei den Anträgen Bayerns und Badens mit einer Ausnahme. Diese Ausnahme bildet der Antrag, festzustellen, daß auf Grund des Artikels 48 die Vertretung eines Landes gegenüber dem Reich insbesondere die Vertretung eines Landes im Reichsrat nicht angetastet werden darf.

Insofern sind durch das Vorgehen gegen Preußen die Interessen der anderen Länder unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen. Hier ist somit ihre Antragsbefugnis anzuerkennen. Die sachliche Entscheidung über diesen Teil der Anträge ergibt sich aus der Entscheidung über die unmittelbar gegen die Verordnung gerichteten Anträge.

Auch dem Verlangen, ausdrücklich auszusprechen, daß das Reich dem Lande Preußen zu Unrecht eine Richterfüllung von Pflichten

vorgeworfen habe, konnte keine Folge gegeben werden. Diese Frage ist eine von den zahlreichen Vorfragen, zu denen der Staatsgerichtshof Stellung nehmen muß, um über die unmittelbare gegen die Verordnung gerichteten Anträge entscheiden zu können. Darauf, daß eine dieser Vorfragen zum Gegenstand eines besonderen Ausspruches im Urteilstenor gemacht werde, haben die Beteiligten kein Anrecht. Ein solches kann auch daraus nicht hergeleitet werden, daß eben diese Frage von besonderer politischer Bedeutung ist.

Die Anträge, die sich unmittelbar gegen die Ver-

ordnung vom 20. Juli und ihre Ausführung richten, sind von dem Lande Preußen, von zwei Fraktionen des Preussischen Landtags, von dem am 20. Juli im Amte befindlichen preussischen Ministern und, soweit es sich um die Vertretung im Reichsrat oder sonst gegenüber dem Reich handelt, auch von Bayern und Baden gestellt. Sie richten sich gegen das Reich, vertreten durch die Reichsregierung. Der Antrag der preussischen Minister ist zugleich gegen den Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen erhoben. Die Fraktionen haben in der mündlichen Verhandlung versucht, diese Klage nach der gleichen Richtung zu erweitern.

In der Antragsbefugnis des Landes Preußen und auch der Länder Bayern und Baden besteht kein begründeter Zweifel. Auch an der Auffassung, daß das Land Preußen im gegenwärtigen Rechtsstreit durch die am 20. Juli amtierenden preussischen Minister und durch die am 20. Juli amtierende preussische Landesregierung vertreten wurde, hält der Staatsgerichtshof fest. Den beiden Fraktionen vermag der Staatsgerichtshof die Antragsbefugnis für den vorliegenden Fall nicht zuzuerkennen.

Einen Streit gegen das Reich können sie nicht führen, weil sie zur Vertretung des allein zu einer Klage gegen das Reich befugten Landes nicht berufen sind. Dem Versuch, mit ihrer Klage das Verfahren auf den Reichskommissar auszudehnen, hat dieser widersprochen. Ohne seine Zustimmung kann die Ausdehnung in diesem Abschnitt des Verfahrens nicht mehr vorgenommen werden. Die Antragsbefugnis der einzelnen Minister ist zu bejahen, soweit ihr Antrag gegen den Reichskommissar gerichtet war.

Insofern liegt eine Verfassungstreitigkeit innerhalb des Landes Preußen vor. Sie ist dagegen zu verneinen, soweit das Reich als Antragsgegner in Anspruch genommen wird. Eine Streitigkeit gegen das Reich kann nur namens eines Landes, nicht von einer einzelnen Stelle oder Persönlichkeit im eigenen Namen, geführt werden. Bei der Stellungnahme zu den Anträgen, die unmittelbar

Wer erkämpft, wer verteidigt die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft?

Als Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften für die Einführung und den Ausbau des Tarifvertragswesens gekämpft haben, schrien die Kommunisten über „Tariffschwindel“.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben die Tarifföhne erkämpft. Sie verteidigen sie jetzt mit Erbitterung.

Die Kommunisten setzen sich jetzt ein für Verteidigung der Tarifföhne, die sie bisher als „Schwindel“, als „Lohnraub“ bezeichnet haben!

Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften haben die Erwerbslosenfürsorge erkämpft. Ad die Kommunisten?

Bei den Beratungen über das Arbeitslosenversicherungsgesetz im Jahre 1927 hat ihr Fraktionsredner Radel im Reichstag eine Erklärung abgegeben, die folgende Sätze enthielt:

„Die kommunistische Fraktion hat bei den Beratungen über das Arbeitslosenversicherungsgesetz keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie grundsätzlich gegen dieses Gesetz ist...“

Gemeinsam mit dem Bürgerblock, mit den Klassengegnern des Proletariats, hat die Sozialdemokratie dieses reaktionäre Gesetz geschaffen. Sie rühmt sich, daß durch ihre Initiative die Schaffung der Erwerbslosenversicherung erreicht worden sei. Mit ihrer Zustimmung übernimmt die Sozialdemokratie die vollständige Mitverantwortung für dieses neue Klassengesetz.

Die kommunistische Fraktion lehnt dieses Gesetz, das ein Stück der reaktionären Bürgerblockpolitik ist, ab.“

Jetzt müssen die Kommunisten anerkennen, daß es sich nicht um „reaktionäre Bürgerblockpolitik“ handelt, sondern um soziale Errungenschaften, die verteidigt werden müssen im Interesse der Arbeiterschaft.

Diese sozialen Errungenschaften hat die Sozialdemokratie erkämpft!

Die Sozialdemokratie erblickt den Hauptfeind in der Reaktion und in den Nationalsozialisten.

Die Kommunisten erblicken den Hauptfeind in der Sozialdemokratie.

Arbeiter, nun urteilt!

Der Bezirksvorstand der SPD.-Berlin

Das Befinden der Gängerin

Komplikationen befürchtet

gegen die Verordnung vom 20. Juli und deren Ausführung gerichtet sind, war zunächst über die strittig gewordene Frage zu entscheiden, wie diese Verordnung auszulegen ist.

Die Antragsteller gehen davon aus, daß die Verordnung dem Reichskommissar die Befugnis einräumt, die preußischen Minister endgültig ihrer Ämter zu entheben. Das Reich vertrat dagegen die Auffassung, daß die Verordnung in einem engeren Sinne zu verstehen sei und den Reichskommissar nur ermächtigt, die preußischen Minister vorübergehend ihres Amtes zu entheben, im übrigen also eine Maßnahme zu treffen, die der vorläufigen Amtsenthebung, der Suspension des Beamtensrechts entspreche.

Der Wortlaut der Verordnung, in dem schließlich von Amtsenthebung die Rede ist, spricht für die weitere Auslegung.

Die Prüfung des Staatsgerichtshofs mußte sich daher auch auf die Frage erstrecken, ob eine Ermächtigung dieser Art mit der Reichsverfassung vereinbar ist. Von der so gewonnenen Grundlage aus war zunächst darüber zu befinden, ob die Verordnung vom 20. Juli in dem Abs. 1 des Art. 48 der Reichsverfassung die erforderliche Stütze findet. Diese Frage hat der Staatsgerichtshof verneint.

Die Vorchrift gibt dem Reichspräsidenten für den Fall, daß ein Land

keine Pflichten gegenüber dem Reich nicht erfüllt,

die Befugnis, das Land mit Hilfe der bewaffneten Macht zur Pflichterfüllung anzuhalten. Die Auffassung, daß es sich bei den Voraussetzungen des Art. 48 Abs. 1 um eine reine Ermessensfrage handle, vermag der Staatsgerichtshof nicht zu teilen.

Keine Pflichtverletzung Preußens!

Die Behauptungen, auf die das Reich den Vorwurf der Nichterfüllung von Pflichten gründet, bestehen zum Teil aus Handlungen, die nicht von den verantwortlichen Trägern der Staatsgewalt in Preußen, sondern von nachgeordneten Persönlichkeiten vorgenommen worden sind. In solchen Handlungen kann eine Pflichtverletzung des Landes Preußen nicht gefunden werden.

Andere Ausführungen scheiden deshalb aus — wie insbesondere die Darlegung des Verhältnisses des Landtags und die Herausgabe staatlicher Mittel für parteipolitische Zwecke — weil hier eine Pflichtverletzung gegenüber dem Reich nicht in Frage kommt.

Ein weiterer Vorwurf geht dahin, daß der preußische Minister des Innern, Dr. Severing, die Politik der Reichsregierung in der Dessenlichkeit in einer der Treupflicht Preußens gegenüber dem Reich widersprechenden Weise bekämpft habe. Es mag zugegeben werden, daß in Zeiten höchster politischer Spannungen in besonders scharfen Angriffen von Ministern eines Landes auf die Politik des Reiches die Verletzung einer Treupflicht geschehen werden kann. Die Möglichkeit, in solchen Angriffen eine Pflichtverletzung des Landes zu erblicken, wird auch dadurch nicht ohne weiteres ausgeschlossen, daß der Minister nicht in amtlicher Eigenschaft, sondern als Privatmann oder als Parteimitglied handelt.

Die Prüfung der Äußerungen des Ministers Dr. Severing ergibt aber, auch wenn man sie im Lichte der gesamten damaligen Lage vornimmt, daß sie das Maß der gebotenen Zurückhaltung nicht derart überschreiten, daß darin eine Pflichtverletzung des Landes gegenüber dem Reich erblickt werden kann.

Hierauf bleibt zur Stützung der Behauptung einer Pflichtverletzung nur die eine vom Reich am stärksten betonte Anführung übrig, daß die preußische Regierung es an der erforderlichen Tatkraft bei der Bekämpfung der kommunistischen Bewegung habe fehlen lassen. Diese Behauptung ist in der mündlichen Verhandlung dahin zerlegt worden, daß sie zwei Vorwürfe enthält. Einmal habe es dem preußischen Ministerpräsidenten und dem preußischen Innenminister als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei angefallen, der innerhalb ihrer Partei damals hervorgetretenen Wünsche nach einem Zusammenschluß mit den der kommunistischen Partei angehörenden Arbeitern an der nötigen inneren Freiheit zur Bekämpfung der Kommunisten gefehlt und sie hätten infolgedessen die nötige Tatkraft vermissen lassen. Ferner aber hätten sie mindestens erkennen müssen und auch erkannt, daß die Kommunisten im Hinblick auf jene Strömungen zu der Auffassung gelangen würden, daß eine Regierung mit starkem sozialdemokratischem Einschlag ihnen gegenüber im entscheidenden Augenblick von den staatlichen Machtmitteln nicht bis zum äußersten Gebrauch gemacht werde.

Aus den Behauptungen zur Begründung dieser Vorwürfe ergibt sich für keinen der beiden Vorwürfe eine genügende Stütze. Insbesondere bilden die vom Reich beigebrachten Aussagen von Beamten der preußischen Staatsverwaltung keinen Anhalt für die Annahme, daß der preußische Innenminister es wirklich an der nötigen Tatkraft gegenüber den Kommunisten habe fehlen lassen.

Soweit diese Aussagen überhaupt bestimmte Angaben enthalten, und nicht nur allgemeine Einbrüche und Stimmungen wiedergeben, geht aus ihnen nicht mehr hervor, als daß der preußische Minister des Innern miunter Anregungen zu bestimmten Maßnahmen gegen die Kommunisten keine Folge gegeben hat, die entscheidende Frage

Das Befinden Gertrud Bindernagels ist nach einer Mitteilung des Chefs des Reichsgerichts vom Krankenhaus Westend in den Mittagsstunden im großen und ganzen unverändert. Die gestern verbreitete Nachricht, daß sich die Künstlerin bereits außer Lebensgefahr befindet, trifft leider nicht zu. Es werden Komplikationen befürchtet, da die Aeryse nach dem letzten Befund mit der Gefahr einer Bauchfellentzündung rechnen. Durch das Geschloß, das noch nicht entfernt werden konnte, ist der Darm verlegt.

Der Zustand der Künstlerin hat eine polizeiliche Vernehmung noch nicht zugelassen. Die polizeiliche Untersuchung hat dadurch eine Unterbrechung erfahren, daß die Aussagen der Ueberfallenen für die weitere Beurteilung der Tat von Bedeutung sind.

Die Vernehmung des Gatten Gertrud Bindernagels, des Attentäters Hinze, zog sich bis heute früh hin. Während H. noch am Montagvormittag keine genauen Einzelheiten angeben konnte, änderte er in den Nachmittagsstunden seine Taktik. Er bestritt, die Absicht gehabt zu haben, seine Frau töten zu wollen. Seine Angaben werden durch die Aussagen der Zeugen in vielen Punkten widerlegt. So behaupten die Zeugen, daß er durchaus nicht betrunken gewesen sei. Nach den

Angaben der Verwandten der Frau Bindernagel ist dem Attentat bestimmt kein Wortwechsel vorausgegangen, er hätte beständig gehört werden müssen. Die Pistole ist am Sonntagabend von einem Sachverständigen nachgesehen worden. H. verkaufte diesem Mann ein Jagdgewehr und zeigte ihm dabei die Pistole. Der Käufer sah sich die Pistole an und sagte, daß sie gut in Ordnung wäre. H. steckte die Waffe dann wieder zu sich. Trotz aller Vorhaltungen bleibt er bei seiner Darstellung und behauptet, daß nichts passiert wäre, wenn er seiner Frau allein gegenübergestanden hätte. Die Anwesenheit der Verwandten hätte sie unzugänglich gemacht. Im Laufe des heutigen Tages wird Hinge dem Vernehmungsrichter beim Amtsgericht Charlottenburg zugeführt.

Greifin verbrannt

Schreckensszenen im Gartenhaus

Bei einem Wohnungsbrand in der Helmstedter Str. 26 in Wilmersdorf spielten sich in der vergangenen Nacht Schreckensszenen ab. Eine

78jährige Frau fand bei dem Feuer den Flammentod.

Im ersten Stockwerk des Gartenhauses wohnte die alleinstehende 78 Jahre alte Witwe Hedwig Leppn. Gegen 3 Uhr wurden Mieter des Hinterhauses plötzlich durch geläutete Hilferufe aus dem Schlaf geschreckt. Der Ausgang des Hintergebäudes war völlig verqualmt und aus den Fenstern der im ersten Stockwerk gelegenen Wohnung der Greifin schlugen meterlange Flammen empor. Die Feuerwehr erschien auf dem Alarm „Menschenleben in Gefahr“ mit mehreren Löschzügen. Die Schreie in der Wohnung der alten Frau waren inzwischen verstummt. Ein Löschtrupp drang gegen die brennende Wohnung vor. Dabei ereignete sich gleich ein schwerer Unfall. Der Feuerwehrmann Braun von der Wache Wilmersdorf wurde beim Einschlagen der Tür von einer Stichflamme getroffen und am Kopf schwer verletzt. Der Verunglückte mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Durch starkes Wassergeben gelang es dann, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Die greise Wohnungsinhaberin wurde, fast bis zur Unkenntlichkeit verbrannt, aus den rauchenden Trümmern geborgen. Die Entstehungsurache des Brandes ist bisher noch völlig ungeklärt.

aber, ob das Verhalten des Ministers nicht durch sachliche, in der jeweiligen politischen Lage begründete Ermäßigungen begründet war, ist offen geblieben.

Nur dann, wenn diese Frage zu verneinen und wenn die entsprechenden Motive zu einer inneren Unfreiheit und fehlenden Tatkraft gegenüber den Kommunisten zu suchen wären, könnte von einer Pflichtverletzung gegenüber dem Reich die Rede sein.

Auf Abs. 1 des Art. 48 kann hiernach die Verordnung vom 20. Juli nicht begründet werden. Damit erübrigt sich im vorliegenden Rechtsstreit eine Stellungnahme des Staatsgerichtshofes zu der Frage, welche Befugnisse für den Reichspräsidenten der Abs. 1 in sich schließt und ob und inwiefern bei einem Vorgehen auf Grund dieser Vorchrift gewisse Normen zu beachten sind.

Artikel 48, Abs. 2

Der Absatz 2 des Art. 48 gewährt dem Reichspräsidenten für den Fall, daß im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört und gefährdet ist, das Recht, die zur Wiederherstellung nötigen Maßnahmen zu treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einzuschreiten. Er gibt zugleich die Befugnis, zu diesem Zweck bestimmte Grundrechte außer Kraft zu setzen. Zu der Frage, ob der Staatsgerichtshof im Streitfall den Umfang der Voraussetzungen des Art. 48 Abs. 2 nachzuprüfen hat oder ob er insoweit bei seiner Entscheidung die Auffassung des Reichspräsidenten zugrunde zu legen habe, hat der Staatsgerichtshof bisher niemals Stellung genommen. Im vorliegenden Falle bedarf es einer Stellungnahme zu dieser Frage nicht, denn es ist offenkundig, daß die Verordnung vom 20. Juli in einer Zeit schwerer Störung und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen wurde.

In jenen Zeitpunkt standen große politische Parteien einander bewaffnet in erbitterter Feindschaft gegenüber. Die Feindseligkeiten entluden sich fast täglich in blutigen, zahlreiche Menschenleben vernichtenden Ueberfällen. Zugleich aber bestand die ernste Gefahr, daß die innenpolitische Spannung sich noch weiter steigern und zu einer unmittelbaren Gefahr der Grundlagen unseres Verfassungslebens auswachsen werden. Die Voraussetzungen für ein Einschreiten auf Grund des Art. 48 Abs. 2 waren danach ohne weiteres gegeben.

Aus der Größe der Gefahr ergibt sich zugleich, daß es das Recht und die Pflicht des Reichspräsidenten war, zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung alle ihm geeignet erscheinenden Mittel anzuwenden, soweit sie mit der Reichsverfassung vereinbar sind.

Der Reichspräsident konnte in dieser Lage nach pflichtmäßigem Ermessen zu der Auffassung gelangen, daß es geboten sei, nicht nur die polizeilichen Machtmittel Preußens in die Hand des Reiches zu legen, sondern die gesamten staatlichen Machtmittel des Reiches und Preußens in einer Hand zusammenzufassen und die Politik des Reiches und Preußens in einheitliche Bahnen zu lenken.

Hieran würde nichts ändern können, wenn die Behauptung Preußens zuträfe, daß die Gefahrenlage zum mindesten zu einem Teil auf die eigenen innerpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung zurückzuführen sei.

Eine Ermessensüberschreitung würde dann vorliegen, wenn sich ergäbe, daß in der Verordnung vom 20. Juli Maßnahmen getroffen worden sind, die offensichtlich über den Zweck der

Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung hinausreichen. Für eine solche Annahme fehlt es an einem Anhalt. Insbesondere ist eine Ermessensüberschreitung nicht darin zu erblicken, daß die Verordnung den Reichskommissar nicht nur gegenüber dem preußischen Ministerpräsidenten und dem preußischen Minister des Innern, sondern auch gegenüber allen anderen preußischen Ministern zu einem Einschreiten ermächtigt hat.

Die Frage aber, ob der Reichskommissar bei seinen Maßnahmen gegen diese anderen preußischen Minister sachgemäß verfahren ist, hatte der Staatsgerichtshof nicht nachzuprüfen. Soweit die dem Reichskommissar erteilte Ermächtigung mit dem Reichskommissar in Einklang steht, war er befugt, von dieser Ermächtigung nach seinem eigenen Ermessen Gebrauch zu machen. Was er in dieser Beziehung getan hat, hat er nur gegenüber dem Reichspräsidenten zu verantworten.

Die Maßnahmen des Reichskommissars können daher als solche den Staatsgerichtshof nur beschäftigen, soweit sie etwa die Grenzen der ihm erteilten Ermächtigung überschreiten.

Die Maßnahmen aus Artikel 48 Absatz 2 müssen aber nicht nur dem Zweck dieser Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung widersprechen, sondern sich auch in den unübersteigbaren Grenzen halten, die sich aus dem Zusammenhang jener Vorschriften mit den anderen Bestimmungen der Reichsverfassung ergeben. Der Staatsgerichtshof hat sich in seiner bisherigen Rechtsprechung ständig zu der Ansicht bekannt,

daß der Reichspräsident, abgesehen von der ihm erteilten vorübergehenden Außerkräftsetzung und diesen Grundrechten an alle Vorschriften der Reichsverfassung gebunden ist, die nicht lediglich die Zuständigkeiten des Reiches gegenüber den Ländern oder die Zuständigkeiten der verschiedenen Reichsorgane gegeneinander abgrenzen. An dieser Rechtsansicht ist festzuhalten.

Danach ist der Inhalt der angefochtenen Verordnung an sich zulässig, soweit er als eine bloße Verschiebung von Zuständigkeiten, als eine Uebertragung von geschäftlichen Befugnissen von der Landesregierung an ein Reichsorgan aufgeführt werden kann.

Dagegen ist er mit der Reichsverfassung nicht vereinbar, soweit durch die Verordnung in andere Vorschriften der Reichsverfassung eingegriffen wird.

Zu den Verfassungsvorschriften, die in der Hauptsache nicht bloße Grenzziehungen von Zuständigkeiten enthalten, gehören die Bestimmungen über die Stellung der Länder innerhalb des Reiches und über den Aufbau der Länder insbesondere in den Artikeln 17, 60 und 63. Der Artikel 17 schreibt vor, daß jedes Land eine freistaatliche Verfassung haben muß, die sich auf der Volksovertretung aufbaut. An Stelle dieser Landesregierung kann auch vorübergehend kein anderes Organ gesetzt werden.

Die preussische Regierung besteht zu Recht

Artikel 63 bestimmt, daß die Länder im Reichsrat durch die Mitglieder ihrer Regierungen vertreten werden. Diese Vorschrift ist, weil der Eintritt der Länder auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches nach Artikel 60 durch den Reichsrat ausgeübt wird, für die Länder von höchster Bedeutung. Diese Vertretung im Sinne des Artikels 48 Absatz 2 einem Lande zu entziehen und sie auf einen Reichskommissar zu übertragen, bedeutet eine wesentliche Beeinträchtigung der Stellung des Landes im Reich und eine dem Wesen des Reichsrats widersprechende Veränderung seiner Zusammensetzung.

Hiernach geht es nicht an, einen Reichskommissar als Landesregierung einzusetzen und die verfassungsmäßig bestellten Minister ihres Amtes zu entheben. Die Veränderung läßt sich aber unter dem Gesichtspunkt der Zuständigkeitsverschiebung innerhalb der Grenzen, die sich hieraus ergeben, rechtfertigen. Die Befugnisse der preußischen Minister in Landesangelegenheiten konnten unter Befassung der gegenwärtigen Minister in ihrer Amtsstellung von der Landesstaatsgewalt abgetrennt und dem Reichskommissar als Reichsorgan übertragen werden.

Es muß die verfassungsmäßige Landesregierung als Organ des Landes selbst bestehen bleiben. Es muß ihr die Vertretung des Landes gegenüber dem Reich, insbesondere im Reichsrat und Reichstag, wie gegenüber anderen Ländern belassen werden. Auch die verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten gegenüber den anderen höchsten Landesorganen können der Landesregierung nicht genommen werden.

Der Staatsgerichtshof verkennt nicht, daß die Entscheidung, die sich hieraus ergibt, zu Reibungen zwischen dem Reichskommissar und preußischen Ministern geführt hat. Die Rücksicht hierauf kann aber nicht bewirken, daß die verfassungsmäßigen Garantien der Länder beiseite geschoben werden. Bei einem jeden Diktatureingriff besteht die Gefahr von Reibungen zwischen dem Reichskommissar und der Landesregierung.

Aufgabe beider Stellen ist es, diese Reibungen durch eine erträgliche Zusammenarbeit zum Wohle des Landes und des Reichs zu überwinden. Soweit etwa eine Landesregierung in dem ihr verbleibenden Aufgabekreis die Geschäfte in einer Art führen sollte, in der eine Rechtsverletzung gegenüber dem Reich zu erblicken ist, würde der Reichspräsident auf Grund von Artikel 48 Abs. 1 weitergehende Eingriffe in die Rechte des Landes vornehmen können.

Im übrigen steht es beim Preussischen Landtag, durch Bildung einer neuen preussischen Landesregierung dem jetzigen Zustand ein Ende zu bereiten.

Mußte hiernach der preussischen Landesregierung die Ausübung des Stimmrechtes im Reichsrat belassen werden, so konnte ihr folgerichtig auch die Befugnis nicht entzogen werden, den vorhandenen Bevollmächtigten weiterhin Anweisungen für die Ausübung ihrer Rechte zu erteilen. Dem Reichskommissar konnte weder diese Befugnis noch das Recht übertragen werden, die bisherigen Bevollmächtigten im Hauptamt in den einseitigen Ruhestand zu versetzen oder neue Bevollmächtigte für den Reichsrat zu ernennen.

Dagegen lassen sich aus der Reichsverfassung im übrigen keine begründeten Bedenken gegen die Ausstattung des Reichskommissars mit der Befugnis herleiten, Beamte in den einseitigen Ruhestand zu versetzen, zu ernennen, zu befördern oder zu entlassen.

Wenn dem Reichskommissar weiter die Befugnis zur Aufnahme von Anleihen für Zwecke des Landes gegeben wird, so erledigt sich diese Frage mit der sich aus Art. 65 der preussischen Verfassung ergebenden Bestimmung, wonach die Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredites nur durch Gesetz erfolgen soll, also die Zustimmung des Landtages erforderlich ist. Damit rechtfertigt sich die getroffene Entscheidung.

Drummond in Berlin. Nachdem er in Italien ein Zusammentreffen mit Mussolini gehabt hat, ist der Generalsekretär des Bistums, Sir Eric Drummond, am Montag in Berlin eingetroffen, um mit der Reichsregierung über die Reuebefugnis des Untergeneralsekretärpostens zu verhandeln.

Die „Neue Staatsführung“

Zur Personalpolitik des Reichskommissars

Durch die Presse geht die Antwort des Beauftragten des Reichskommissars, Dr. Bracht, auf die Anfrage des Reichsmannes Kube im Landtag, warum im Kreise Kalau statt des angeblichen Staatsparteilers Dr. Krause nicht ein Parteibuchbeamter zum kommissarischen Landrat bestellt worden sei, denn die NSDAP habe den weitaus größten Teil der Bevölkerung des Kreises Kalau hinter sich.

Diese Behauptung des Kube ist Schwindel. Die „marxistischen“ Stimmen übersteigen im Gegenteil die Nazistimmen um rund 6000 und mit den mehr als 6000 Stimmen anderer bürgerlicher Parteien bei einer Gesamtstimmzahl von rund 37 000 gegenüber 25 000 Nazistimmen um rund 12 000. Auf diese Tatsache muß in seiner Antwort sogar Herr Bracht auf die Anfrage hinweisen.

Für die Sozialdemokratische Partei und die Arbeiterschaft ist aber eine Wendung in der Antwort des Herrn Bracht über die Person des neuen kommissarischen Landrats Dr. Krause von besonderem Interesse. Es heißt da u. a.:

„Dr. Krause hat es insbesondere verstanden, seine persönliche politische Ansicht dem Staatsdienst unterzuordnen.“

Was meint Herr Dr. Bracht damit? Will er sagen, daß es ein Verdienst ist, daß Herr Krause, obwohl er Staatsparteilicher war, sich der jetzigen Volks- und verfassungsfeindlichen Papen-Bracht-Regierung restlos zur Verfügung gestellt hat und die gegen das Volk und den demokratischen Staat gerichtete Politik dieser Herren auf das Beste unterstützt? Er hat ja aber auch die frühere Regierung, und zwar als Staatsparteilicher aus tiefer „Ueberzeugung“ „unterstützt“.

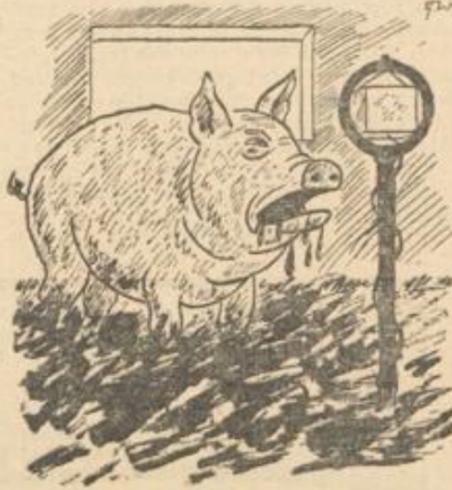
Aber ist es insbesondere zutreffend, daß der für den Sozialdemokraten Freter berufene kommissarische Landrat Dr. Krause sowie der als Ersatz für den Sozialdemokraten Figner zum kommissarischen Regierungspräsidenten ernannte und mit dieser Stellung belohnte Ministerialrat Thöner in Frankfurt a. d. O. Aussagen gemacht haben, die der Papen-Bracht-Regierung als Unterlage für das verfassungswidrige Vorgehen am 20. Juli 1932 und als Material für das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof gegen die rechtmäßige preussische Staatsregierung gebient haben?

Eine Bejahung dieser Frage würde allerdings Herrn Bracht recht geben mit seiner Behauptung, daß Herr Krause seine staatsparteiliche Ansicht der neuen Art von Staatsauffassung, wie sie durch die Herren Papen-Bracht repräsentiert wird, untergeordnet hat.

Treffen diese Vermutungen zu, so können sie nicht besser gekennzeichnet werden, wie Ministerialdirektor Bredt das vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig getan hat, als er am Schluß seiner Ausführungen noch schwere Angriffe gegen die Reichsregierung richtete, weil sie bei der Sammlung von Material gegen die preussische Regierung außerordentlich eigenartig vorgegangen sei. „Sie habe nicht nur alle Akten durchstöbert und durchsucht, um Vorgänge zu finden, die man der preussischen Regierung zum Vorwurf machen könne, sondern sie habe auch die Beamten vernommen und dazu veranlaßt, ungünstige Aussagen über die bisherigen Minister zu machen. Ein solcher Vorgang ist einzigartig in der deutschen Geschichte. Niemals, auch nicht nach dem Um-

sturz, wurde von einer neuen Regierung in solcher Weise Material gegen ihre Vorgängerin gesammelt. Ich glaube, wir haben allen Grund, im Interesse des deutschen Beamtentums diesem Kapitel so schnell wie möglich ein Ende zu machen.“

Ketzereien am Wochenende



Unser Vorschlag für das nächste Mal

erfreulich für Steuogts Kühne, stets einflussreiche Art. Hauptstücke der Kollektion sind das berühmte Tripitichon des Verlorenen Sohnes; das große Porträt von Fuchs; die prachtvollen lebendigen Raubtierstudien; die Skizzen nach d'Andrade als Don Juan, die köstlichen, frisch empfundenen Abenteuer Don Quigottes, am herrlichsten vielleicht die Studie eines sich bäumenden Pferdes, von der Serialität Géricaults. Ganz unmittelbar, mit dem Glück momentaner und persönlicher Beziehungen, wirken die vielen skizzierten Postkarten, die der große Improvisator an seinen Freund geschrieben hat; Zeugnisse eines vitalen, heiter überstrahlenden Lebensgefühls.

Paul F. Schmidt.

Der Schweinigel-Dramatiker

Der Rundfunkheerführer Köhn, der sich vor dem Berliner Mikrophon als Anwalt völkischer Rasse gebürdet und alle freibekennenden Menschen beschimpft hatte, wurde schon vor drei Jahren als ein besonderer Totenmacher und Schweinigel entlarvt. Damals wurde in der Sommerfassung am „Theater des Westens“ eine sogenannte Komödie aufgeführt, die den Titel führte „Was ist denn nur mit Balduin?“ Als Autor signierte ein gewisser Franke, den niemand kannte. Alles, was dieser Premiere beizuohnte, war höchst verwundert. Denn das Stück zeugte nicht nur von einer ungewöhnlichen Talentlosigkeit, sondern von einer so widerwärtigen Schmutzerei und Gemeinheit, daß der unbekante von der gesamten Berliner Kritik ein ekelhafter Schweinigel genannt wurde. Im Theater selbst sah der bisherige Theaterkritiker der Scherischen „Nachtausgabe“, Herr Köhn, der sich bisher dadurch ausgezeichnet hatte, daß er in stümperhaftestem Reußens den Regisseur und Intendanten des Staatstheaters, Leopold Jekner, antisemitisch angepöbelte und schon damals verlangt hatte, daß die Regierung das subventionierte Theater von allen rassenfremden Elementen säubere. Als einziger amüsierte sich über die Schweinerei auf der Bühne der Theaterkritiker Köhn. Da, er machte sich sogar an Kritiker, die er oberflächlich kannte, heran, um sie von der Bortrefflichkeit des Stückes zu überzeugen.

Bald darauf wurde das Pseudonym Franke gelüftet. Kein anderer als der Scherische Theaterkritiker Köhn war der allgemein gedanktmarkt Schweinigel-Dramatiker. Selbst dem hartleibigen und gegenüber bössartigen Kulturhebern sehr toleranten Hugenberg-Berlag waren diese Tricks des Beriffenen zu dumm. Köhn mußte die Kritikerfeder welegen, doch er wurde unterirdisch noch weiter beschäftigt. Dann tauchte er wieder aus der Versenkung auf als Redakteur des Nazi-Wigblattes „Die Brenneffel“. Er war zur Hälfte Nazi geworden, zur Hälfte war er Hugenberg geblieben. Er schrieb wie der richtige Schmod, bald rechts, bald links. Nun versuchte er wieder sein Kuckucksei zu legen, und es war Zeit geworden, ein wenig in den Schweinigel- und Drückerbergercharakter dieses sauberen Männchens hineinzuleuchten.

Nobelpreis für Upton Sinclair verlangt. Das Nobelpreis-Komitee hat eine von 800 namhaften Autoren und Wissenschaftlern aller Erdteile unterzeichnete Petition erhalten, in der die Forderung ausgesprochen wird, den diesjährigen Nobelpreis für Literatur dem amerikanischen sozialistischen Schriftsteller Upton Sinclair zu verleihen.

Wehrhaft der Rundfunk!

Für die deutsche Jugend

Gelände- und Wehrsport soll, auf Wunsch des Reichsinnenministeriums, zunächst einmal zurückgestellt werden. Der „Stahlhelm-Jugend“ war darüber höchst entrüstet, und da er ja keine speziellen Bänner hat kommt man ihm beim Rundfunk selbstverständlich entgegen. In der Jugendstunde der Berliner Funkstunde sprach Freiherr von Massenbach über „Geländelauf und Geländespiele“.

„Dann beginnen die Übungen, bei denen an erster Stelle der Geländesport steht, darunter Wehrübungen, Geländebewertung und -auswertung, Tarnen, Gaschutz, Gebrauch des Schanzzeuges, Zurechtfinden im Gelände durch Kartenlesen usw. Neben Wehrübungen und Ordnungsübungen, wie Gymnastik, Turnen, Bodenübungen, Freilauf und Hindernislauf, Nahkampfschulung werden Geländespiele gezeigt, bei denen die Findigkeit, die Aufmerksamkeit, das Urteilsvermögen und die Entschlußkraft gefördert werden sollen; daran schließen sich Schießübungen und gemeinsamer Gesang.“ Der Hugenbergische „Tag“ brachte am 14. Oktober diese Schilderung, die natürlich viel ausführlicher ist und in jedem Satz von militärischem Geist strotzt.

Der Redner der Funkstunde transponierte das Thema auf eine Tonart von mittelalterlicher Romantik, und nur einige Grundakkorde schlugen forsche preussische Töne an. Als Rattenfänger von Hameln sang er sein Lied von Geländespiel und Geländesport, Nahkampfschulung, Hindernislauf, Gebrauch des Schanzzeuges, Tarnen — das läßt sich auch an einem mittelalterlichen Raubritterkampf üben, den Freiherr von Massenbach neben Geländebewertung vorkühnt. Daß in solchem Wehrsportlager für strammen Drill gesorgt wird, versteht sich von selbst. Den reizenden Abschluß, Kleinkaliberschießen und gemeinsamen Gesang, will Herr von Massenbach sicherlich auch keinem Teilnehmer an solchem Lager nach des Tages Arbeit vorenthalten. Der Bericht aus dem „Tag“ ist ja eine Schilderung aus einem Wehrsportlager des Ruffhauerbundes, der von der Freiherrnregierung und ihren Rundfunkleuten so herzlich getätelt wird.

— 12.

Krebs-Frühdiagnose

Die Aussicht auf Heilung des Krebses ist nach Ansicht der Ärzte um so größer, je eher das Leiden erkannt wird. Der Krebs ist ein bössartiges Leiden nicht nur wegen der Schwierigkeit der Behandlung, sondern auch seiner Erkennung. Fast alle Formen des Krebses machen im Anfang meist weder Schmerzen noch sonstige Beschwerden. Das Bestreben der Medizin muß immer wieder dahin gehen, Methoden zu finden, die den Krebs möglichst früh nach seinem Entstehen mit Sicherheit erkennen. Nach einer Forderung in den „Fortgeschritten der Medizin“ erschienenen Arbeit von Dr. J. Aman-München ist es diesem Forscher gelungen, aus Krebsgeschwülsten ein Kleinstabwelen in Reinkultur herzustellen, der als infektiöser Erreger der Krebsneubildung angesehen wird. Aus diesen Cocci wird eine Impfvaccine zu diagnostischen Zwecken hergestellt. Hiermit wird eine absolut unschädliche, subkutane Impfung vorgenommen, die an der Stelle der Injektion schon nach 24 Stunden eine lebhaft gerötete Verdickung erkennen läßt, falls irgendwo im Körper bössartiges Tumorgewebe vorhanden ist. Beim Gesunden bleibt jede Reaktion aus. Die diagnostische Impfung eröffnet der rechtzeitigen und wirksamen ärztlichen Krebsfürsorge neue Aussichten.

Unser neuer Roman

Morgen beginnen wir mit dem Abdruck des Romans „Schicksal Maschine“ von Stefan Pollatschek. Die drohende Weltkrisenlage der Maschine über den Menschen wird darin in spannender Form behandelt. Der Autor ist ein junger Wiener, der mit seinem Erstlingsroman „Dr. Bergdorf ordiniert von 2—4 Uhr“ sofort Erfolg erzielte. Ein anderer Roman von ihm, „Gericht“, ist in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ erschienen.

Der sechsten beendete Roman „Gilgi, eine von uns“ von Ingrid Keun ist im Universitäts-Verlag erschienen und durch unsere Buchhandlung J. S. B. Diez zu beziehen.

„Vorerforschung“, das justizkritische Schauspiel von Max Kabiserg und Otto Ernst Hesse ist jetzt in der unter Leitung von Christl Storm stehende Zentraltheater gewandert. Bei anspruchsvoller Ausstattung bewahrt das Stück unter der Regie Richard Milewsky seinen Bühnenwirksamen Charakter. Man bleibt sich allerdings bewußt, daß diese Zugkraft mehr im Kriminalistischen als im Sozialkritischen begründet ist. Die These, die das Stück erweisen soll, die Verschleiertheit des heutigen Untersuchungsverfahrens, fällt letzten Endes der Bühnenwirksamen Schürzung des Knotens zum Opfer.

Gespielt wird auf einem anständigen Niveau. Wolfgang E. Barge als toller Kabarettist, der den Untersuchungsrichter amüsiert verhöhlt, und Walter Fein als versonnener Büroangestellter, der den gleichen Herrn kriminalistisch schlägt, halten sich in ihren Rollen einen Sondererfolg.

e. k.

Die ersten Chorkonzerte

Verdis „Requiem“ — Arbeitersänger

Bruno Walter begann den Zyklus seiner Konzerte mit Verdis über alle Worte herrlichem „Requiem“, dessen liturgischen Text brandende Fülle musikalischer Phantasien überflutet. Apokalyptische Gesichte, Höhenangst, Erdennot und Himmelsträume, in uralten feierlichen Formeln eingeklungen, lateinischen Abkürzungen des Glaubens, der Liebe, des Lebens — hier wurden sie, unfirchlich symbolisch genommen, dramatisch lebendige, lebensnahe Musik von unheimlich großer Gewalt. Unbeschreiblich, mit weicher innerer und äußerer Ruhe, mit weicher sicherer Beherrschung des Riesenapparates (Mittelscher Chor, Philharmonisches Orchester) Walter das Werk erklingen ließ. Remeth, Thorborg, Wittlich, Schey waren die Solisten, sämtliche über schöne Stimmen verfügend, wenn auch stilistisch recht uneinheitlich; jede und jeder der vier sang sozusagen im eigenen Raum.

Die Singakademie brachte unter Georg Schumann, ihren Direktor, Robert Schumanns lyrisches Chorwerk „Paradies und Peri“ zu Gehör; als Einleitung des Abends erklang — zum erstenmal in Berlin — Heinz Schuberts „Hymnus“ für Sopran solo, Chor und Orchester nach Worten des persischen Zarathustra: ein gut gemachtes, klug, und wirkungsvolles, ein wenig äußerliches Stück, dem die Solistin Merz-Tunmer zu schönem Erfolg verhalf.

bleibt von zwei ausgezeichneten Arbeiterchören zu berichten: dem „Sängerkor Berlin

1900“, sowie dem „Männerchor Fichte-Georginia“, die unter ihren Chormeistern Georg Ostor Schumann und Wilhelm Knöchel zu hören waren. Beide Chöre verfügen über schönes Stimmmaterial, sorgfältige Schulung und heiligen Eifer für die künstlerische Sache. Der „Sängerkor“ ist lyrischer eingestellt, auf häufiges An- und Abklingen, auf Crescendos und Decrescendos bedacht (was übrigens nicht immer ein Vorteil sein muß); „Fichte-Georginia“ singt zusammengefaßter, geballter, männlicher, kontrastreicher. Was freilich die Programme beider Chöre anlangt, hätten sie (insbesondere bei „Fichte-Georginia“) etwas weniger gemühtlich sein, hätten sie zeitnäher ausfallen, sozialistischer konzipiert werden können und müssen. Arbeitersänger zu sein, ist ja nicht nur eine künstlerische Aufgabe, es ist zugleich eine politische Verpflichtung. Es soll und darf heute nicht mehr vorkommen (wie es beim Sängerkor der Fall war), daß in einem Arbeiterchorleiter ein Waldhornquartett als Einlage Abts „Waldbandacht“ spielt, daß wir auf solche Weise also die ältesten Sedenhüter bürgerlicher Kunst verbrauchen. Auch „Fichte-Georginia“ hatte mit seinen Einlagen wenig Glück: die Altistin Lis Beck hat noch viel, sehr viel an Technik und Vortrag zu lernen, ehe sie sich der Öffentlichkeit wieder präsentiert; und Hauschild, ein sympathischer Baritonist, bemühte sich vergeblich um sehr gleichgültige Lieder von Kauerheider und Pelschmig, die er zur Uraufführung brachte.

A. W.

Das Museum im Ermeler-Haus

Gedächtnisschau für Slevogt

Seit einigen Tagen ist das Ermeler-Haus in der Breite Straße der Allgemeinheit zugänglich gemacht, und es erfreut sich eines überaus regen Besuches. Der Berliner bekommt ja dort nicht nur ein Musterbeispiel altberliner Wohnkultur in unverfälschtem Zustand von Anno 1870 zu sehen, sondern auch einen überaus erfreulichen Ableser des Märkischen Museums, das die rückwärtigen Zimmer in vorbildlichem Geschmack hergerichtet und mit seinen Beständen angefüllt hat, die in einem näheren Zusammenhang mit dem Patrizierhaus stehen; Berliner Bildnisse des 18. Jahrhunderts, Pfeifenköpfe, Spielzeug, Puppenstuben, hauswirtschaftliche und Küchengeräte nebst einer Sammlung kurioser Beleuchtungskörper aus dem Berlin von 1700 bis 1870 sind in hellen Räumen geschmackvoll und sparsam aufgestellt. Direktor Dr. Stengel verdient das höchste Lob für diese Neuerrichtung.

Vor allem interessieren die Gesellschaftsräume des ersten Geschosses, die Peter Friedrich Damms, Armeelieferant des Königs, um 1760 neu hergerichtet ließ, und die nunmehr von den Malern Kughe und Langhammer in ihrer alten Schönheit sorgfältig wiederhergestellt worden sind.

Schon die Wendeltreppe mit dem köstlichen vergoldeten Schmiedegitter und peripetrischen Malereien führt in den Geist der Rokokokultur ein; besonders bezeichnend die Brunnenräume im

Obergeschoß mit Architekturmalereien von dem Theatermaler Fiedhelm im großen Saal, dem reizenden Vogelzimmer und der Wiedergabe des Gutes Dammsmühle in Niederbarnim, die einen anschaulichen Begriff von den Wochenendfreuden eines wohlhabenden Zeitgenossen Rousseaus und zugleich die erste wirklichkeitstreue Landschaftsdarstellung der Mark gibt.

Das zweite Geschöß ist für wechselnde Ausstellungen bestimmt. Zunächst hat man in einigen Zimmern Kostproben jüngerer Wohnweise dargeboten: spätes Biedermeier, Makartzeit von 1835 mit nußiger Plüschgarnitur und überreicher Ornamentik „aus unser Vater Wert“ und Jugendstil von 1900. Bei dem unausgeglichenen Verhältnis, das wir zur Lebensauffassung unserer Väter und Großväter haben, lag eine karikatüristische Auffassung dieser wenig ansprechenden Gebrauchskunst nahe; gerechtere Beurteilung im historischen Sinn wird das Bächerliche solcher Extreme demnächst wohl etwas mildern können.

Durchaus zu begrüßen ist die Gedächtnisschau für Max Slevogt, die in diesen schönen Zimmern das Märkische Museum veranstaltet hat. Es ist die Sammlung, die Slevogts Freund Eduard Fuchs von Gemälden und Zeichnungen zusammengebracht hat; sie gibt ein sehr anregendes Bild seines Schaffens, gerade das Persönliche und Zufällige ihrer Entstehung spricht klar und

Die Partei stößt weiter vor

Anwachsen der Versammlungswelle im Reich

Im großen Saale des Gesellschaftshauses in Senftenberg sprach Otto Bels. Der Kampf der SPD. auf politischem Gebiet gelte im Hinblick auf die kürzlich vom Reichskanzler in München gehaltenen Rede allen Kräften, die an den Grundfesten der Weimarer Verfassung rüttelten, weiter einer Reichsreform, die eine Verleibung der Länder zur Folge habe. Auf wirtschaftlichem Gebiete lag die SPD. vornehmlich den Förderern der Autarkie schärfsten Kampf an, da die bereits durchgeführte Kontingentierung der Einfuhr die schwersten Schäden für das schaffende Volk zur Folge gehabt habe. Die glänzend besuchte Versammlung war vom besten Kampfeifer belebt.

In einer großen Kundgebung der Eisernen Front sprach am Montagabend in der Stadthalle in Stuttgart vor etwa 7000 bis 8000 Zuhörern Paul Löbe über die politische Lage. Zur Außenpolitik sagte der Redner u. a.: Durch die falsche Behandlung der Abrüstungsfrage und durch die verhängnisvolle Kontingentierungspolitik sei heute Deutschland in die gleiche Isolierung hineingeraten, in der es sich im Jahre 1914 befunden habe. Selbst Mussolini, auf dessen Stimme man immer wieder große Hoffnungen gesetzt habe, sei in seiner letzten Rede wohl für die Gleichberechtigung Deutschlands eingetreten, aber nicht für die Aufrüstung. Diese Wendung der Dinge führte der Redner darauf zurück, daß bei der Behandlung dieser maßgebenden Fragen die Stimme des Volkes gehört habe. Löbe unterzog dann die Wirtschaftspolitik der Regierung Papen einer scharfen Kritik. Angesichts der schlimmen Auswirkungen dieser Wirtschaftspolitik müsse die Arbeiterschaft ihre wirtschaftlichen und sozialen Volksrechte wieder zurückerobern. Nach dem Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsformen, die sich im Früh-, Hoch- und Spätkapitalismus ausgewirkt hätten und nun am Ende seien, müsse jetzt in Gestalt der sozialistischen Wirtschaft die Ablösung kommen.

Der Spitzenkandidat der SPD. im Hamburger Wahlkreis, Staatssekretär z. D. Dr. Hans Staudinger aus dem preussischen Handelsministerium, sprach in einer sozialdemokratischen Massenversammlung über das Thema „Hamburgs Handel und Wirtschaft in Gefahr“. Die Veranstaltung stellte einen Protest der Hamburger SPD. gegen die Kontingentierungspolitik dar, die für den Hafen der Hansestadt den Ruin bedeuten müsse. Dr. Staudinger nahm zugleich Gelegenheit, die preussischen Staatsbetriebe zu

verteidigen, die wirtschaftlich und sozial umantastbar erfolgreich gearbeitet hätten. Angriffe gegen die ersten Anläufe zu einer Sozialisierung, und das Geschehe in einem Augenblick, da für den Umbau in die sozialistische Wirtschaft ökonomisch die Voraussetzungen vielfach schon gegeben seien und nur politisch noch umkämpft würden. Der Redner wandte sich weiter energisch gegen alle auf die Verfassung abzielenden Attacken. Breche man, so sagte der Redner, von oben das Recht, so werde man es unten zu schützen wissen. Die SPD. stehe vor Monaten schwersten Kampfes, aber sie sei gerüstet, allein den Schlag der Reaktion aufzufangen.

In über hundert Versammlungen und Kundgebungen brachte die Partei in Franken in der letzten Woche ihre Begeisterung und den Kampfeswillen bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck. In drei großen Kundgebungen mit den Genossen Keil-Stuttgart, Reihner-Berlin und Witte-Wiesbaden demonstrierte die Nürnberger Sozialdemokratie gegen die Papen-Herrschaft. Genosse Severing sprach in überfüllten Versammlungen zu Bamberg und Fürth. In Schwabach und Coburg rech-

nete Genosse Crispian-Berlin mit den Nazis und Nazis ab. Die überfüllte Crispian-Berliner Versammlung in Coburg am Tage nach der Prinzenhochzeit gestaltete sich zu einem wahren Triumph der sozialistischen und republikanischen Idee in dieser bisherigen nordbayerischen Hochburg der faschistischen Reaktion. Genosse Keil sprach in gut besuchten Versammlungen in Rothenburg o. T., Roth Dinkelsbühl und Schweinfurt. Hans Vogel sprach im Frankenwald in von Begeisterung getragener Versammlung. In einer überfüllten Kundgebung sprach Genosse Wissel in Hof. Endres-München sprach in Ansbach. Die Versammlungen der Partei sind durchwegs gut besucht, während die Veranstaltungen der anderen Parteien einen schwachen Besuch aufzuweisen haben.

In Kiel eröffnete die Partei mit drei sensationellen Versammlungen den Wahlkampf. Alle drei Säle waren überfüllt und polizeilich gesperrt. In der „Waldwiese“, dem größten Saale Kiels, sprach Genosse Rötting. Zur Diskussion stellten sich ein Kommunist und ein Nationalsozialist. Beide erlebten im Schlußwort eine peinliche Abrechnung durch Rötting. Im Gewerkschaftshaus und in einem weiteren großen Saal konnten die Massen diese Reden und die Abwehr mit anhören. Es war ein Poststapel freigemacht worden, so daß die Reden nach den beiden Sälen übertragen und dort durch Lautsprecher glänzend wiedergegeben wurden.

Klagges auf dem Rückzug

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Braunschweig, 25. Oktober.

Einen Rückzug vor dem Deutschen Hochschulverband mußte der Naziminister Klagges antreten. Er hatte vor einem halben Jahre den Genossen Adolf Jensen, Professor an der hiesigen Technischen Hochschule, zwangsweise pensioniert und ihm widerrechtlich den Lehrauftrag entzogen. Genosse Jensen ließ durch den Deutschen Hochschulverband Klage einreichen. Bevor diese jedoch entschieden wurde, hat Klagges jetzt die Pensionierung zurückgenommen und die Entemlichung ausgedehnt. Genosse Jensen wird weiter Vorlesungen halten.

Rundfunk am Abend

Dienstag, 25. Oktober

Berlin: 16.05 Schlaflose Nächte (Dr. L. Paneth). 16.30 Aus Leipzig: Konzert. 17.30 Dr. Ueberall erzählt. 17.50 Bücherstunde. 18.10 Unterhaltungsmusik. 18.55 Die Funkstunde teilt mit. 19.00 Stimme zum Tag. 19.10 Unterhaltungsmusik. 19.30 Klangcharakter in deutschen Mundarten (Professor W. Doegen). 19.55 Mitteilungen des Arbeitsamtes. 20.00 Chöre. 20.30 Stein (Hörspiel). 22.10 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Königswusterhausen: 15.45 Künstlerische Handarbeiten (U. Scherz, W. Wauer). 16.30 Aus Leipzig: Nachmittagskonzert. 17.30 Tiere und Umwelt (Prof. Just). 18.00 Musikpädagogik (H. Connor, musikal. Ltg. Prof. F. Jöde). 18.30 Volkswirtschaftsfunke (Regierungsrat Dr. Kleiner). 18.55 Wetterbericht. 19.00 Kurzschrift für Fortgeschrittene (Prof. Dr. Amsel, P. Fischer). 19.30 Zeitdienst. 22.30 Aus Hamburg: Spätkonzert. Sonst: Berliner Programm. Vollständiges Europaprogramm im „Volkfunk“, monatl. 96 Pf., durch alle „Vorwärts“-Boten oder die Postanstalten.

Wetter für Berlin: Nachts klar und kalt bis zu Bodenfrost. Am Tage Eintrübung und Witterung. Mäßige, wieder nach West drehende Winde. — Für Deutschland: Im Osten und Süden sehr kühl und weiter Wetterbesserung, im übrigen Reich westwärts fortschreitende Eintrübung mit Temperaturanstieg. Im Westen wieder Regen.

Siehe 1 Beilage.



Unser Werbeplakat am Hermannplatz

Verantwortlich für Politik: Richard Schwarz; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: F. Steiner; Kulturelle: Herbert Sebore; Lokales und Sonstiges: Fritz Kattädt; Anzeigen: Dito Kungst; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. / Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise werden in jeder Morgen-Ausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht.

PROGRAMM für die Zeit vom 25. Okt. bis 27. Okt. KINO-TAFEL PROGRAMM für die Zeit vom 25. Okt. bis 27. Okt.

BTL

Primus-Palast
Potsdamer Straße 19.
Uraufführung: **Husarenliebe** mit **Eise Elster, H. Adalbert**
W. 5.15, 7.15, 9.15 Uhr

Potsdamer Straße 38
Der träumende Mund mit **Ell. Bergner, R. Forster**
W. 5, 7, 9 Uhr

Odeon, Potsdamer Str. 75
Tannenberg
Für Jugendliche freigegeben!
W. 5, 7, 9 Uhr

Turmstraße 12
Schnsucht 202 mit **Magda Schneider, Fritz Schulz**
W. 5, 7, 9 Uhr

Alexanderstraße 39-40
(Passage)
Hülzerne Kreuze (Jenseits der deutschen Gräben)
Den ganzen Tag geöffnet

Alhambra
Müllerstr. 136, Ecke Seestraße.
Tannenberg
Für Jugendliche freigegeben!
W. 5, 7, 9 Uhr

Germania-Palast
Charl., Wilmersdorfer Str. 53/54
Die, oder keine! mit **Gitta Alpar, Max Hansen**
W. 5, 7, 9 Uhr

Kant-Lichtspiele
Charl., Kantstr. 14.
Kiki mit **Anny Ondra, Hermann Thimig**
W. 5, 7, 9 Uhr

Friedrichstadt

Franziskaner Georgenstraße, E. Friedrichstr.
Um 9, 12, 3, 6, 9 Uhr beginnend:
Es lebe die Freiheit mit **René Clair**
Um 10.30, 1.30, 4.30, 7.30, 10.30 Uhr
Die elf Schillischen Offiziere mit **Kayßer, Hertha Thiele**
Emelka-Wochenschau

Die Kamera Unter den Linden 14
3, 5, 7, 9 Uhr
Russentoni: **Der Weg ins Leben** mit **Nikolai Bataloff**. Beginn N. Ekk. — Tonwoche

Kolonaden-Kino Tonfilm-Tageskino
Leipziger Str. 56
Ab 9 Uhr vorm.
Das Mädchen vom Montparnasse mit **Fr. Schulz, Emmy Bessel**. — Lustspiel: **Müller lernt Tango**. — Fox tönende Wochenschau

Moabit

Artushof Wochent. ab 6 Uhr
Sonntags ab 5 Uhr
Perleberger Str. 29.
Teilnehmer antwortet nicht. — **Die Czikosbaroneß** mit **Gretl Theimer**. — Foxtonwoche

Charlottenburg

Schlüter-Theater Beginn: 5, 6.30, 9 U.
Schlüterstr. 17. Stg. 3 Uhr: Jugg.-V.
Das schöne Abenteuer mit **K. v. Nagy, A. Sandrock** — Wer zahlt heute noch?

Wilmersdorf

Atrium Wochent. 7, 9.4 U.
Stg. 5, 7, 9.4 U.
Kaiserallee, Ecke Berliner Straße
Uraufführ.: **Das erste Recht des Kindes** mit **H. Thiele, H. Fehdmer, H. Vallentin, E. Morena** — Tonfilmbeiprogramm

Zehlendorf-Mitte

Zeli Beginn tagl. 5, 7, 9 Uhr
Stg. 3 Uhr Jugendvorst.
Potsdamer Str. 56.
Der Feldherrnhügel mit **Roda Roda**. — **Primanerchöre** mit **Lil Dagover, Loos**.

Steglitz

Titania-Palast W. 6.30, 9 U.
Stg. 4, 6.30, 9 U.
Steglitz, Schloßstr. 4, Ecke GutsMuthsstr.
Uraufführung! **Liebe in Uniform** mit **Liedtke, Ery Bos, Kampers, Heidemann**. — Tonfilmbeipr.

Friedenau

Kronen-Lichtspiele
Rheinstraße 65
Beginn: 7, 9 Uhr. Sbd., Stg. 5, 7, 9 Uhr
Madame hat Ausgang mit **Liane Haid, Brausewetter**. — Beiprogramm. — Woche

Rheinschloß-Lichtspiele
Rheinstr. 66. W. 5, 7, 9, So. ab 3 Uhr
Gräfin Mariza mit **Der. Wieck, Sz. Szakall** — Beipr. Jgd. Zutr.

Schöneberg

Alhambra Variété
Tonfilm
Hauptstraße 30. Zwei Tonfilme.
Ikarus, Gunter Plüschow Filgerschicksal. — **Madame Blaubart**

Titania Schöneberg W. 5, 7, 9
S. ab 3
Hauptstraße 49. Tonwoche
Der träumende Mund mit **Ells. Bergner, R. Forster** — Tonbeipr.

Südwesten

Film-Palast Kammersäle
Teltower Str. 1 W ab 5.30, S. ab 3.30
2 Großtonfilme: **Unheimliche Geschichten** mit **Wegener**. — **Vier vom Bob 13** mit **W. Fütterer**

Tempelhofer

Kurfürst W. 7, 9, Sbd. Stg. 5, 7, 9
Stg. 3 Uhr. Jgd.-Vorst
Dorfstraße 22 Ecke Berliner Straße
Bunbury (Liebe, Scherz und Ernst) mit **Gg. Alexander**. — Tonbeipr.

Tivoli Täglich: 5, 7, 9 Uhr
Sonnt.: 3, 5, 7, 9 Uhr
Berliner Straße 97
Der träumende Mund mit **Ellsabeth Bergner, Rud. Forster**

Mariendorf

Ma-Li Mariendorfer W. 7, 9
Tonlichtspiele S. 5, 7, 9
Chausseestr. 305
Die, oder keine m. **Gitta Alpar, Max Hansen**. — Tonbeipr. Jugendliche haben Zutritt

Neukölln

Excelsior Wochentags ab 6.15
Sonntags ab 4 Uhr
Kaiser-Friedrich-Straße 191
Mata Hari mit **Greta Garbo, Ramon Novarro**. — Tonbeipr.

Kakak Wochentags ab 6.15
Sonntags ab 4 Uhr
Kottbuser Damm 92
Die — oder keine! mit **G. Alpar, M. Hansen** — Tonbeiprogramm Jugendliche haben Zutritt

Mercedes-Palast W. 6, 8.15 U.
Stg. ab 3 U.
Hermannstr. 312.
Kiki mit **Anny Ondra, Hermann Thimig**. — Großes Tonbeiprogramm

Primus-Palast W. 6, 8.30 U.
Stg. ab 3 U.
Am Hermannplatz, Urbanstr. 72/76.
Der träumende Mund mit **Ells. Bergner, R. Forster** — Ikarus, Plüschow f

Stern, Hermannstraße 49
Wochentags ab 6.15 Sonntags ab 4 Uhr
Liebe, Scherz und Ernst mit **Adele Sandrock, Georg Alexander**. — Tonbeiprogr.

Südosten

Deutsch-Amerik. Theater
Köpenicker Str. 68
Wochent. 5, 7, 9 Uhr
Die Tänzerin von Sanssouci mit **Lil Dagover, Otto Gebühr**. — Tonbeiprogramm

Filmbeck W. ab 6.15 U.
Stg. ab 3 U.
Am Görlitzer Bahnhof
Die — oder keine! mit **Gitta Alpar, Max Hansen** Bühnenschau Jugendliche haben Zutritt

Laisen-Theater W. ab 6.15 U.
Stg. ab 3 U.
Reichenberger Str. 54
Liane Haid, Gustav Fröhlich in der Tonfilm-Operette **Ich will nicht wissen, wer du bist!** Auf vielfachen Wunsch: **Bühnenschau**

Stella-Palast W. ab 6.30 Uhr
Sonnt. ab 3 Uhr
Köpenicker Straße 12-14
Theodor Körner mit **Willi Domgraf-Faßbender, Dorothea Wieck**
Ferner:
Slim u. Slum in der Tonfilm-Pose
Kasernenhof und Blechmusik Jugendliche haben Zutritt

Treptow

Treptow-Sternwarte
Mittwoch 8 Uhr, Donnerstag 8 Uhr:
Oesterreichische Rhapsodie, Filmwanderung durch Oesterreich

Osten

Germania-Palast W. ab 6.15
S. ab 3 U.
Frankfurter Allee 314
Der sensationelle Welterfolg:
Mata Hari mit **Greta Garbo, Ramon Novarro**
Auf der Bühne: **Wieder 3 große Variété-Attraktionen v. Weltrauf Dr. Knauer** dirigiert sein Orchester.

Luna-Palast Woch 8 Uhr
Sonnt ab 3 Uhr
Gr. Frankfurter Str. 121. **Tonwoche**
Mata Hari mit **Greta Garbo** — **Tonbeiprogr.** — **Bühnenschau**

Schwarzer Adler Frankf. Allee 99
W. 5, 7, 9 Uhr. S. 3, 5, 7, 9 Uhr
Teilnehmer antwortet nicht m. **Gust. Gründgens**. — **Tonbeipr.** — **Bühnenschau**

Viktoria-Theater Woch. ab 6
Stg. ab 3 U.
Frankfurter Allee 48
Auf vielfachen Wunsch verlängert:
Die elf Schillischen Offiziere mit **Fr. Kayßer, Hertha Thiele** — **Beiprogramm** — **Jugendl. Zutr.**

Nordosten

„Elysium“ Prenzlauer Allee 56
W. 5.15, 6.30, 9.15. S. 3, 4.30, 7, 9.15
Mata Hari mit **Greta Garbo, Ramon Novarro** — **Gut. Tonbeipr.**

Flora-Lichtspiele Landsberger Allee 40/41
Tagl. 5, 7, 9 Uhr, Stg. 3, 5, 7, 9 Uhr
Ich will nicht wissen, wer du bist mit **L. Haid, Fröhlich**. — **Scherben bringen Glück**

Volks-Kino Königstadt
Schönhauser Allee 10.
Wochent. 5, 7, 9 Uhr
Die Tänzerin von Sanssouci mit **Dagover, Gebühr** — **Tonbeiprogramm** — **Tonwoche**. — **Kreischmer** und sein Orchester Jugendliche haben Zutritt

Neu-Lichtenberg

Kosmos-Lichtspiele Beg. 5
letzte 9
Lückstr. 70. Stg. 2.4 Uhr: Jugg.-Vorst.
Die Tänzerin von Sanssouci mit **Gebühr**. — **Tonbeiprogr.** — **Konzertteil.** — **Jugendl. Zutritt**

Friedrichsfelde

Kino Busch Mitg.—Donn. 6 Uhr
Freit.—Stg. 3 Uhr
Alt-Friedrichsfelde 3.
2 Tonfilme: **Zwei glückliche Tage** mit **Clara Rommer, Hörbiger**. — **Tom Mix in Goldfieber**

Pankow

Palast-Theater
Breite Str. 21a. W. 7, 9
Tonoperette: **Die — oder keine!** mit **Gitta Alpar, Max Hansen**. Jugendliche haben Zutritt

Tivoli Wochentags 8.30, 9 Uhr
Sbd., Sonnt. 5, 7, 9 Uhr
Berliner Straße 27. Großtonfilm:
Mata Hari mit **Greta Garbo, Ramon Novarro** — **Tonbeipr.**

Tegel

Filmpalast Tegel W. 6 Uhr
Stg. 4.4 U.
Bahnhofstr. 2. Stg. 2 Uhr: Jugg.-V.
Ich will nicht wissen, wer du bist mit **L. Haid, Fröhlich**. — **Großes Tonbeiprogramm**

Kosmos Film W. ab 6 Uhr
Bühne S. 4.4, 6.15, 8.4
Hauptstr. 6.
Das Lied einer Nacht mit **Jan Klepura, Fritz Schulz**. — **Tonbeiprogramm**. — **Jugendl. Zutritt**

Union-Theater Wochent. 6, 8.15
S. 4.4, 6.15, 8.4
Hauptstr. 3 Stg. 2 Uhr Jugg. Vorst.
Zwei glückliche Tage mit **Ida Wüst, P. Hörbiger** — **Tonbeipr.** — **Tonwoche**

Mennigsdorf

Filmpalast Box W. 6, 8.30 Uhr
Stg. 4.4, 6.15, 8.4 U.
Berliner Str. 59
Großtonfilm: **Frankenstein**. — **Gr. Tonbeiprogramm.** — **Tonw.**

Was lehrt Gilgi?

Weniger Verachtung, mehr menschliches Verständnis!

Eine Diskussion über den Roman „Gilgi“ ist aus ganz besonderen Gründen zu begrüßen. Es geht dabei nicht um eine Diskussion über Wert oder Unwert der Leistung der Verfasserin, aber auch nicht über den der „Heldin“ des Romans (einem lebendig gestalteten Romangestalteten), sondern es geht hier um mehr! Es geht um die Frage, wie wir Sozialistinnen erreichen können, Frauen wie Gilgi zu uns heranzuziehen, sie für den Kampf um den Sieg unserer Idee zu begeistern.

Im Gegensatz zu Hanna Herx, Dr. Else Mühs, Ella Kreny, Kaul und Langhans sehe ich immer wieder mit Bedauern, daß so viele „Gilgis“, und wie sie sonst heißen mögen (und aus welchem Milieu sie kommen mögen), den Weg zu uns nicht finden können. Da ich vom Wert nichts halte, kann ich weder den Gilgis noch uns die Schuld daran zuschreiben. Wir aber überlegt und nach den Gründen dafür sucht, wird vielleicht Wege finden, die ungezählten Scharen von Frauen für uns zu gewinnen, die trotz sozialistischer Sehnsucht noch abseits von uns stehen.

Der Grundgedanke, den fast alle meine Vorgesprecherinnen zum Ausdruck brachten, „Eine von uns kann nur werden, wer Eine von uns ist!“ der ist es, gegen den ich mich wehre. Es muß immer wieder zur psychologischen Behandlung und Betrachtung derjenigen Schichten unserer Bevölkerung angeregt werden, die aufwachen resp. aufgewachen sind, ohne schon von Jugend an sozialistisches Denken kennengelernt zu haben. Die Beschäftigung mit diesen Ideen ist gerade dem Spießbürgertum der Pflegeeltern Kron von Gilgi heute noch gerade so fremd wie früher. Sie gehören zu denen, die, solange sie gut leben können, nicht gern von der Not anderer hören, sie werden zum Sozialismus geführt, erst wenn eigene Verelendung sie schreckt. Sie sind es, die den Rationalsozialismus auf ihre Fahnen geschrieben haben, weil ihr zorniges Gemüt dort nicht so oft vom „Proletarier“ sprechen hört. Das gibt ihnen nämlich einen furchtbaren Stich ins Gemüt. Sie, die innerlich hal sind, legen den größten Wert auf „Stellung“ und „gute Gesellschaft“ gerade, weil sie oft erst die erste Generation sind, die vom Proletarier unter der kapitalistischen Werra zu Spießbürgern geworden sind; sie sind zu Geld gekommen und legen ihren Ehrgeiz darin, anderen vorzutäuschen, daß sie immer „Besitzende“ gewesen sind.

Die Kinder, die in diesem Milieu aufwachsen, haben es sehr schwer, gerade wenn sie wahrheitsliebende Menschen sind wie Gilgi. Ihre Gefühlswelt ist klein, sie werden ins Erwerbsleben gedrängt und haben keine Möglichkeit, sich mit sich und der Umwelt mehr als unbedingt nötig auseinanderzusetzen. Sie ahnen, daß sie durch ein Chaos schreiten, daß heute „alle wie sie“ sich nur sicher bewegen können, wenn sie sich nicht gestatten, auch nur einen Blick in dies Chaos von Wirtschaftsnöten, Verhetzung, geistigem und kulturellem Durcheinander zu werfen! Für sie ist die Liebe noch das Wesentlichste, obgleich sie unterbewußt fühlen, daß sie sich dadurch dem Mann unterordnen. Dagegen lehnen sie sich auf und erkennen leider nicht, daß es ihnen hier geht wie den Arbeitern, die erstmalig zu sozialistischen Ideen kamen, auch weil sie Untergeordnete waren, Untergeordnete des Arbeitgebers, dem sie zur Ausbeutung ausgeliefert waren, die tun mußten nach seinem Willen und Gehor und keine Freiheit für ihre eigene Person kannten. Aus ihrem verletzten Stolz kam ihre revolutionäre Gesinnung und sie wurden die ersten Sozialistinnen; sie begannen den Kampf für sich selbst! Aber bald genügte ihnen das nicht, sie erkannten, daß der Mensch zur inneren Ausgeglichenheit nur kommen kann, wenn er für alle seine Schicksalsgefährten auch Betreuer aus der ungerechten Ordnung der Welt erkämpft!

So ist es logisch, daß Gilgi und ihresgleichen, eben Frauen aller Schichten, heute beginnen, sich erst einmal mit sich selbst auseinanderzusetzen! „Sie, Gilgi, wird von den gleichen Gefühlen hin- und hergerissen wie das Bürgermädchen von ehedem“, sagt Hanna Herx. Ja, glauben wir denn wirklich, daß Liebe bei Bürgern anders verläuft als bei uns Sozialistinnen? Ich glaube es nicht. Mensch bleibt Mensch, Frau bleibt Frau. Wer einer starken überwältigenden Liebe nicht fähig ist, der ist ein armliegender Mensch, ganz gleich wie er sich nennt. Ich wage sogar auszusprechen, daß es gelegentlich Sozialistinnen passiert sein soll, daß sie sich in Nichtsozialisten rückhaltlos verlieben mußten. Vielleicht hatten sie dann sogar vorübergehend nicht das gleiche Interesse für Parteiarbeit, hörten sie darum auf, Sozialistinnen zu sein? Keineswegs; ebenso wie es nicht ausgeschlossen sein soll, daß Bürgerliche (Erdelenz, Thomas Mann?) zur Partei kommen und so gute Sozialistinnen sein können wie eventuell Genossen, die Jahrzehnte eingeschriebenes Mitglied der Partei sind. Kommen prominente Männer und Frauen aus anderen

Parteien zu uns, so konstatieren wir das mit großer Freude und es wird niemandem einfallen, noch unedlen Motiven für diesen Eintritt zu suchen. So sollten wir es auch halten, wenn wir „Gilgis“ unsere Gemeinschaft schüchtern suchen sehen. Wäre Pitt ein aktiverer Sozialist, so hätte er Gilgi menschlich viel sein können, und ich meine, er hätte sie für uns leicht gewinnen können, wenn ihn ihre Puderdose, ihr Pelzmantel, kurz gesagt ihre „damenhaften bürgerlichen Allüren“ nicht zurückgehalten hätten, wenn er mit weniger Verachtung und mehr menschlichem Verständnis sie behandelt hätte, wie sie es leider auch häufig bei uns tun.

Wir sind von Kindesbeinen an Sozialistinnen, unsere Eltern und Verwandten sind es gewesen und doch haben wir tief innen noch immer nicht den wirklichen Sinn des Sozialismus erfaßt. Wir sehen ringsum nicht in unseren Mitmenschen den „Mitarbeiter“, den Genossen, dem wir frei und herzlich entgegenkommen sollten, weil er Gemeinschaft sucht wie wir, ganz gleich, ob er mit oder ohne Kragen uns entgegenkommt.

„Frondeurin in menschlichen Bezirken...“

Wenn ein Roman mit dem Titel „Gilgi, eine von uns“ im „Vorwärts“ erscheint, dann muß natürlich dieses „uns“, bezogen auf die sozialistische Leserschaft, zu lautem Widerspruch herausfordern. Rein, die kleine Büroangestellte Gilgi ist in ihrer geistigen Haltung ganz und gar nicht eine bewußt mit ihrer Klasse verbundene sozialistische Arbeiterin, sondern weit eher ein Exempel für die ihrer Berufsschicht eigene individualistische Ideologie. Trotzdem ist sie mit ihrer gradlinigen Natürlichkeit, ihrer Zielklarheit und ihrem ausgeprägten feilschen Reinstreben eine Frondeurin in menschlichen Bezirken, auch da, wo sie ihren Ressentiments gegen gedankenlos, faules und vertuschtes Kleinbürgertum die Zügel schiefen läßt.

Man kann übrigens überhaupt nicht an das Buch Gilgi die Maßstäbe eines sozialen Epos legen, wie an die Romane Zolas und Upton Sinclairs, die ihre Aufgabe in der Darstellung und Kritik sozialer Geschicknisse und kollektiven Schicksals sehen. Irmgard Keun streift die Arbeitswelt der Angestellten und das Spezifische der Büroatmosphäre ja auch nur mit flüchtigen Strichen, sie will m. E. nicht vorwiegend die Angestellte in ihrer Umwelt schildern, sondern das Liebesdrama einer jungen, berufstätigen Frau unserer Zeit gestalten. In der sehr plastischen und lebendigen Zeichnung ihrer Heldin und einiger Nebenfiguren gelingt es ihr, uns den sozialen Raum, in dem diese Menschen leben, sehen zu lassen und Wesentliches und Typisches über die Mentalität der weiblichen Angestellten auszusprechen. O ja, Gilgi ist eine von den Hunderttausenden der Stenotypistinnen und weiblichen Handlungsangestellten! Sie ist Leberdurchschnitt in ihrer helllichten Zielstrebigkeit, mit der sie erkennt, daß man im Erwerbsleben nur durch straffe Diszipliniertheit und Lässigkeit weiterkommt im Gegensatz zu vielen dumpfer Dahinslebenden, die nach dem bekannten Filmmärchen „wie heiratet ich meinen Chef“ auf ein Wunder hoffen. Aber sonst ist sie eine der ihren in vielen Gemeinsamkeiten: in der mangelhaften Berufsausbildung, mit der man nur Hilfskraft bleibt, in ihrem Streben, nicht nur durch Arbeitsleistung, sondern auch durch kluge Koketterie vorwärts zu kommen, in ihrer Sehnsucht nach Glanz und schönen Kleidern, in ihrer Illusionslosigkeit Männern gegenüber, mit denen man allzu oft unromantische Erfahrungen macht, in ihrem feilen Sachlichkeitspanzer, den sie zur Schau trägt.

Sind sie nicht alle — wie Gilgi — gern Dame in ihrer äußeren Erscheinung, opfern sie nicht alle, weil das Geld zum Fertigtkaufen meist nicht reicht, einen guten Teil ihrer Freizeit zur Erzielung einer einigermaßen eleganten Fassade? O, man braucht das im Beruf, denn die Herren Büroangestellten urteilen und schätzen sehr nach dem Aussehen. Man braucht es aber auch zur eigenen Selbstbestätigung, denn durch Kleider kann man vor sich selbst und seiner Umgebung avancieren oder — deflokiert werden. Rag die Tätigkeit noch so mechanisiert, das Gehalt noch so proletarisch sein, man fühlt sich doch als Angestellte der besseren, der gebildeten, der geistigen Arbeit zugehörig, wenn man's in Wirklichkeit auch nur durch bloße Keuherlichkeit ist. Ist man ja doch auch durch das persönliche Zusammenarbeiten mit dem Unternehmer einer sozial gehobenen Schicht von vornherein viel näher als die Fabrikarbeiterin und durch die unmittelbare Berührung ist die Verlockung dieser bürgerlichen Sphäre viel größer. Die Strebsamen nutzen jede Chance, um so weit als möglich an sie heranzukommen, alle Bemühungen um Erweiterung ihrer Bildung

Wir verwechseln noch immer Klassenbewußtsein des Arbeiters mit Proletariersein und gebärden uns oft unehrlicherweise so, als wäre es unsere Sehnsucht, nur ja immer „Proletarier“ zu bleiben. Während jeder von uns danach streben sollte, und unsere Führer besonders danach gestrebt haben, freie Menschen aus uns zu machen, uns aus dem Elend zu retten, ganz gleich, welcher Arbeit wir nachzugehen haben. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sollten aufräumen mit Verlogenheit, Mißgunst und veralteten Vorurteilen! Und doch stecken in uns selbst noch so viele unserer Mitmenschen gegenüber, deren einer heute gerade „Gilgi“ heißt.

Es besteht in mir kein Zweifel darüber, daß sie zu uns gehört, sie wie Tausende und Millionen anderer! Sie hat es nur noch nicht klar erkennen können. Jeder Mensch, der ringt nach Klarheit, wie Gilgi es auch tat, der sucht nach einem Ausweg, der das innere Bedürfnis hat sich hinzugeben, zu helfen, der gehört zu uns! Wir müssen ihm entgegengehen, soweit wir können, wir müssen ihn gewinnen für uns, dann wird er mit-

dienen dem Aufnehmen von Sachwissen. Und auch die Freizeit steht unter ihrem Einfluß. Man ist arm, aber pretentiös, und da einem die Unterhaltungen kultivierter Bürgerlichkeit nicht zugänglich sind, begnügt man sich mit Pseudoerlebnissen, die man in einer Scheinwelt hellerleuchteter Cafés und in Kinos findet, deren Schlagmelodien und deren Croit am anderen Morgen in den Bürotag hineinklingen. Die großstädtische Vergnügungsindustrie beweißt es, welche ungeheure Rolle solche Surrogate lebendiger Werte im Leben großer Massen spielen.

Aber Gilgi ist nicht nur Angestellte, sie ist im weiteren Sinne „eine von uns“: Als Typus der Frauengeneration von heute, der noch manche Schläden der Frau von gestern an sich hat. Wie „weiblich“ ist sie in ihrer politischen Indolenz! Man soll sie in Ruhe lassen mit Politik, sagt sie ihrem Freund Pitt. Sie ist wie viele Frauen warmherzig und hilfsbereit lebendigen Einzelwesen gegenüber, deren Elend ihr persönlich nahegeht. Aber „die Masse“ ist ihr ein leerer Begriff. „Die hat doch kein Gesicht, ist doch kein Mensch, dem man helfen möchte.“

Mädchengeneration von heute ist sie in der unsentimentalen Entschiedenheit, mit der sie das Band löst, das sie an ein ihre Entwicklung hemmendes Familienleben ketzt. Sie empfindet sich selbst lieblos und undankbar, als sie den harten Schnitt tut, denn „die Alten meinen es doch auf ihre Weise so gut“. Wie viele, die das selbe Notwendige getan haben, fühlten nicht dabei dieselben Sturpe! — Es ist schwer sich freizumachen von traditionellen und gefühlsmäßigen Bindungen. Das aller schwerste aber ist es — und wie sehr

bauen helfen an unserer gerechteren sozialistischen Gesellschaftsordnung, die kommen wird! So fest wir daran glauben, so fest müssen wir auch an das ehrliche Mithelfenwollen der „Gilgis“ glauben. Dieser Glaube allein verpflichtet und hält uns zusammen. Wir dürfen uns nicht anmaßen, bei den ersten Schritten, die „Gilgis“ in unserer Gemeinschaft gehen von „sozialistischen Anwendungen“ zu sprechen und deren „Echtheit“ anzweifeln. Hüten wir uns davon, daß wir pharisaisch sprechen: „Herrgott, ich danke dir, daß ich nicht so bin wie jene!“

Gerade weil, wie Bebel sagt, jeder Tag vom raschen Wachstum der immer gewaltiger werdenden Ausbreitung der sozialistischen Ideen neue Beispiele liefert, müssen wir die um uns scharen, die glauben, heute würde er wohl sagen, trotz aller zeitweiligen Rückschläge, die wissen:

„Dem Sozialismus gehört die Zukunft, das heißt in erster Linie dem Arbeiter und der Frau.“

Susi Bork.

„...nie und nimmer“

Sehr geehrte Genossen!

Schon bevor im Abend-„Vorwärts“ vom 18. Oktober zur Diskussion über „Gilgi“ — eine von uns“ aufgefordert wurde, sind in den Kreisen unserer weiblichen Mitglieder Stimmen lebhafter Kritik laut geworden. Eine Versammlung unserer Funktionärinnen am 20. Oktober, an der 150 Kolleginnen teilnahmen, hat uns nunmehr beauftragt, Ihnen die Stellungnahme unserer weiblichen Mitglieder zur Kenntnis zu bringen.

„Ist Gilgi wirklich eine von uns?“ Diese Frage muß verneint werden. Durch ihre Lebensauffassung wie Lebenshaltung unterscheidet sich Gilgi so erheblich vom Durchschnittstypus der weiblichen Angestellten, daß wir Gilgi nie und nimmer als eine von uns weiblichen Angestellten ansehen können. Und noch weniger entspricht Gilgi dem Vortrupp, der sich entschiedener noch als die große Masse mit den Arbeits- und Lebensproblemen unserer Zeit auseinandersetzt.

Erhebt ein Roman den Anspruch, mit seiner Heldin gleichzeitig das Schicksal einer bestimmten sozialen Schicht zu schildern — im Falle „Gilgi“ die weiblichen Angestellten — so muß der soziale Tatbestand des Romans mindestens in seinen alltäglichen Zügen der Wirklichkeit entsprechen.

Daß ein Mädchen von 21 Jahren mit zuletzt 150 Mark Einkommen und keineswegs primitiven Lebensansprüchen nach nur 4 Jahren Berufstätigkeit 1200 Mark erpart haben soll, dürfte nicht gerade üblich sein. Sonstige Lebensgewohnheiten, nicht ganz billige Vergnügungen, Partys und elegant gestickte Schlafanzüge tun ihr Übriges, um die Verzertheit des Gesamtbildes zu erweisen. Und daß Gilgi ihre Arbeitslosenunterstützung zu

ist sie da eine von uns — die innere Freiheit und Unabhängigkeit in dem überwältigenden Erlebnis einer großen, alle hart erkämpfte Klarheit und Selbständigkeit hinwegwemmenden Liebe zu behalten. Wie groß ist da die Versuchung für jede gefühlsstarke Frau, ganz ihrem Herzen zu folgen, nur der Liebe und dem geliebten Menschen zu gehören und alles andere aufzugeben! Im Zentralpunkt des Frauenlebens steht nun einmal die Liebe mit stärkerer Intensität als beim Manne, und nicht nur kleine Büroangestellte wie Gilgi haben einen ohnehin nicht sehr geliebten Beruf geopfert; an der Klippe Liebe und Ehe scheitert immer wieder manch schöne Karriere und viel weiblicher Berufserfolg. Das ist das Neue und Zukunftweisende an diesem aufrechten Mädchen Gilgi, daß sie der großen Versuchung weiblichen Scharfgebens widersteht und ihre innere und äußere Unabhängigkeit unbedingt zurückgewinnen will. Sie liebt und bewundert Martin schrankenlos und sie liebt und bewundert seine weiträumige farbige Welt, aber sie will nicht sein Geschöpf sein, sie will ihren Persönlichkeitswert sich selbst gegenüber behalten. Und als sie erkennt, wie nah die Gefahr ist, sich in der Hingabe zu verlieren, fügt sie sich selbst den härtesten Schmerz zu, als sie sich von dem Geliebten zeitweilig trennt, um ihre menschliche Freiheit wiederzufinden.

Der Roman der Irmgard Keun hat infolgedessen eine soziale Note, als er Einblicke in die Psyche der weiblichen Angestellten vermittelt. Sein Hauptwert aber liegt in einem sehr sympathischen und sehr erfrischenden menschlichen Frondeurturn.

Margarete Hartig.

nichts Dringlicherem benötigt als zur Anschaffung von Puder und Lippenstiften, ist vollends ein Hohn auf die Not der Zeit. Es ist daher nur verständlich, daß auch die menschliche Haltung Gilgis, trotz ernster Bemühung, der Lebens- und Liebeschwierigkeiten Herr zu werden, rein bürgerlich-individualistisch bestimmt ist und alles vermissen läßt, was Gilgi auch im feineren Sinne zu einer Vertreterin der arbeitenden Frau unserer Zeit machen könnte. Von einer Schicksalsgemeinschaft mit einundneunzig Millionen weiblicher Angestellten kann eine Gilgi ebensowenig wissen wie von sozialen Auseinandersetzungen und den Möglichkeiten gemeinsamer Kämpfe.

Die Funktionärinnen des FdL bedauern es sehr, daß schon allein durch den Abdruck des Romans sowie durch das bekanntgegebene Preis-ausschreiben der Eindruck erweckt wurde, als würde mindestens die Redaktion des „Vorwärts“ Gilgi bereits als „eine von uns“ betrachten. Die fischen und übelsten filmfische verrätenden Paramount-Bilder tragen noch täglich zur Verstärkung dieses Eindruckes bei. Die in diesen Bildern gezeigte Gilgi entspricht vielleicht einem Wunschbild, wie es Magazine, Wahre Geschichten und schlechte Filme der großen Masse aufzudrängen suchen.

Mit der Lebens- und Arbeitsnot der weiblichen Angestellten, mit ihren Kämpfen um Klassen-erkenntnis und Klassenolidarität hat diese Gilgi nichts, aber auch gar nichts gemein.“

Freiheit!

Zentralverband der Angestellten Ortsgruppe Groß-Berlin

Hans Gottfurcht, Gertrud Ellert.

Herbst-Waldläufe

Arbeitersportler im Grunewald und in Treptow

Die Arbeitersportler veranstalteten zum Abschluss der Sommerferien Herbstwaldläufe, die sich starker Beteiligung erfreuten.

Als Veranstalter des 4. Bezirks hatte der NSB. Schönberg an der Krümmen Ecke ein schönes Gelände ausgesucht. Mit Ausnahme der 1000-Meter-Läufer hatten die Teilnehmer zwei Runden, die 5000-Meter-Läufer sogar drei Runden zu laufen. Dadurch bekam der Nichtbeteiligte einen Einblick in den Stand des Rennens auf halber Strecke. Die Reutköhler stellten in allen Läufen die Sieger, nur im 5000-Meter-Lauf zeigte sich Wist-Fichte als der bessere. Den 1000-Meter-Lauf der Sprinter holten sich die beiden Reutköhler Volkssportler Braunsdorf und Schätling in hartem Endkampf vor Sühling (Fichte). Bei den Alterssportlern (bis 35 Jahre) siegte Schmidt vor Mertens, beide NSB. Reutköhler, während den Jahrgang der älteren Volkssportler Reese und Görlich in dieser Reihenfolge entschieden. Etwa 20 Sportlerinnen bestritten in guter Verfassung ihren 1000-Meter-Lauf. Siebert (Volkssport Reutköhler) siegte 3 Meter vor ihrer Vereinsgenossin Reumann, der in kurzem Abstand Melkenburg (Schöneberg) folgte. Den schönsten Lauf lieferte die Jugend. Bei 1000 Meter lag das Feld noch ziemlich geschlossen. Im 20-Meter-Endspurt liefen dann Hauser (NSB. Reutköhler) und Scharf (Volkssport Reutköhler) dem Felde davon. Hauser entschied den Kampf mit nur Brustbreite für sich. Im Mannschaftslauf siegte erwartungsgemäß NSB. Reutköhler mit 10 Punkten vor Volkssport Reutköhler mit 15 Punkten. Der 3000-Meter-Mannschaftslauf der Männer zeigte auf halber Strecke

eine ziemlich geschlossene Spitzengruppe der ersten Mannschaften. In der letzten Runde holte NSB. Reutköhler dann 50 Meter Vorsprung heraus und gewann. Es folgten als Außenreiter die Teitower, die die Schönberger Mannschaft im Endkampf zwei Meter zurückließen konnten.

Gutes Wetter und eine beträchtliche Zuschauer-menge gaben der Veranstaltung des 1. Bezirks das notwendige Gepräge. Wenn der Weg auch etwas hart war, so wurde dies doch gern in Kauf genommen. Nur einmal wirkte sich der harte Boden zum Nachteil der Osting-Mannschaft aus. Mittler trat schlecht und mußte für seine Mannschaft ausscheiden, die dadurch aus einer guten Position abfiel. Dem Athletik-Sport-Club fiel das Siegen daher sehr leicht.

4. Bezirk. 1000 Meter Sprinter: 1. Braunsdorf (Volkssport Reutköhler) 3:21,2. — 1000 Meter Alterssportler, 31—35: 1. Schmidt (NSB. Reutköhler) 3:46. — 1000 Meter Alterssportler über 36: 1. Reese (Volkssport Reutköhler) 4:28. — 1000 Meter Frauen: 1. Siebert (Volkssport Reutköhler) 4:38. — 2000 Meter Jugend: 1. Hauser (NSB. Reutköhler) 7:24,2. — 2000 Meter Jugend-Mannschaftslauf: 1. NSB. Reutköhler 9:48,2. — 2. Mannschaft: 1. NSB. Reutköhler 10:18,2. — 2000 Meter Einzelwertung: 1. Hauser (NSB.). Mannschaftswertung: 1. NSB. 2. Osting 23 Punkte; 2. NSB. 24 Punkte. — 5000 Meter: 1. Mertens (Schöneberg) 16:28,5. — 2000 Meter Spielermannschaften: 1. NSB. im Abgang. — 1000 Meter Alterssportler 31—35 Jahre, Einzelwertung: 1. Heller 1 und 2 (Waldau) 3:50,5. Alterssportler über 36 Jahre: 1. Reine (NSB. Osting). Mannschaftswertung: 1. Waldau 10 P.; 2. NSB. 21 P.; 3. NSB. Osting. — Sprinter 1000 Meter, Einzelwertung: 1. Scharf (NSB. Reutköhler) 3:43,5. Mannschaftswertung: 1. NSB. Osting 12 Punkte; 2. NSB. 22 P.; 3. NSB. Osting 23 P. — Jugend 2000 Meter: 1. Reese (NSB.) 5:21. Mannschaftswertung: 1. NSB. 9 Punkte; 2. Waldau 20 P.; 3. NSB. Osting 24 P. — Sportlerinnen 1000 Meter: 1. Schwartz (Fr. Lich. Rallberge) 4:22,1.

Senkt die Steuern

in der Kraftverkehrswirtschaft

Zu einer Protestversammlung gegen die hohe steuerliche Belastung der Kraftverkehrswirtschaft, besonders gegen die Verteuerung der Benzinpreise, hatte der Allgemeine Deutsche Automobilklub in den Krollsaal eingeladen.

Innerhalb 19 Tagen während des Monats Oktober sind die Benzinpreise dreimal erhöht worden, sie bewegen sich um 40 Pf. herum und belasten neben allen anderen Abgaben die Automobilbesitzer so stark, daß an eine Rentabilität der noch in Betrieb befindlichen Kraftfahrzeuge kaum zu denken ist. Frei Schiff Hamburg kostet Benzin 6¼ Pf., 20¼ Pf. steuerliche und Zollbelastung ruhen auf dem Liter, den Rest beansprucht die Verkaufsorganisation. Der Rechner fordert, daß nicht nur die Steuern und Zölle gesenkt werden, sondern auch die Verkaufsorganisationen sich mit einer geringeren Verdienstsquote begnügen. Er wandte sich gegen den Tarifstellenwettbewerb und meinte, die Autofahrer würden gern auf die kostenlos abgegebene Luft für die Reifen verzichten, wenn sie nur das Benzin billiger bekämen. Selbstverständlich geben die inländischen Treibstoffproduzenten das Benzin auch nicht billiger ab, obwohl es weder durch so hohe Steuern noch durch Zölle belastet ist. Die Benzinpreise verlangen aber, daß durch hohe Verdienste beim Benzin die Ausfälle in den anderen Produktionszweigen ausgeglichen werden.

So hält sich alles an die Kraftverkehrswirtschaft. Das Ende ist, daß in diesem Winter ein Fünftel der Automobile stillgelegt werden.

In Deutschland gibt es über 1 500 000 Kraftfahrzeuge; etwa 300 000 Wagen, also ein Fünftel davon, werden jeden Winter aus dem Verkehr gezogen, sie verschwinden einfach aus dem Wirtschaftsleben. Aber nicht nur die Einsparung der viel zu hohen Steuern, sondern die noch reichlich hohe Garagenmiete ist für die Winterabmeldung bei vielen Kraftfahrzeugbesitzern maßgebend. Alle Autobesitzer werden schon jetzt mit Prospekten geschäftstüchtiger Firmen überhäuft, die in leeren Fabrik- oder Lagerhallen Winterquartiere für Autos zum Preise von 3, 4 bis 5 M. pro Monat anbieten, gegenüber einer Garagenmiete von 30 bis 40 M. monatlich eine reichliche Ersparnis! Allein der Steueranfall für die abgemeldeten

Wagen wird auf 120 Millionen Mark geschätzt. Die Gründe für die hohe Zahl der aus dem Verkehr gezogenen Wagen dürften nachstehende Ziffern am trefflichsten illustrieren. Die mehrmals heraufgesetzten Treibstoffeinsuhrzölle betragen zurzeit 192 Millionen Mark, dazu kommen Umsatzausgleichsteuern und Schmierölzölle von 9,6 Millionen Mark. Um den armen Landwirten zu helfen, wird der Autobesitzer gezwungen, Kartoffelspiritus in steigendem Maße abzunehmen und seinem Treibstoff beizumischen. Der Kraftverkehr wird dadurch um weitere 60,3 Millionen Mark belastet. Dazu kommt die allgemeine Pauschalsteuer mit etwa 160 Millionen Mark und damit nicht genug, sollen die letzten Benzinpreiserhöhungen im Oktober nochmals 88,3 Millionen Mark bringen. Mit fast einer halben Milliarde Mark Belastung kann der Kraftverkehr kaum noch bestehen. Allen anderen Wirtschaftszweigen, vornehmlich der Landwirtschaft, ist man mit Steuererleichterungen und Subventionen hilfreich beigeprungen, aber noch nie dem Kraftverkehrswesen. Schließlich wird ja der größte Teil der Fahrzeuge nicht zu Vergnügungszwecken benutzt. Man hat ausgerechnet, daß im ganzen Kraftverkehrswesen über 150 000 Personen weniger als früher beschäftigt werden und zum Teil der öffentlichen Wohlfahrt zur Last fallen.

Das Geräteturnen

Serienwettkampf Mitte gegen Moabit

Den ersten Serienwettkampf der neuen Serie im Geräteturnen bestritten die Mittelstufenmannschaften des Sportvereins Moabit und der Freien Turnerschaft Groß-Berlin-Mitte. Mehr als 150 Zuschauer hatten sich eingefunden, die dem schon längst totgesagten Turnsport ihr Interesse entgegenbrachten. Die Mannschaften erfüllten aber auch alle in sie gesetzten Erwartungen. An allen Geräten holten die einzelnen Turner den sehr guten Durchschnitt von 30 Punkten heraus. Nur am Pferd ließen die Moabiter etwas nach.

An den einzelnen Geräten holten die Mann-

schaften folgende Resultate heraus: Mitte: Barren 158, Pferd 150, Reck 152, Gymnastik 31, insgesamt 491 Punkte. Moabit: Barren 155, Pferd 139, Reck 157, Gymnastik 30, insgesamt 481 Punkte.

Der zu heute angelegte Kampf Norden gegen Tempelhof muß ausfallen, da die Tempelhofer an der heute stattfindenden Bahnhofsgebäude teilnehmen. Der Kampf findet Donnerstag, 27. Ok-

tober, in der Schule am Marienplatz in Tempelhof statt. Am gleichen Tage stoßen sich in der Holtenstraße die Mannschaften von Lichtenberg und Süden gegenüber. Am Freitag kämpfen in der Schönfließer Straße Wedding und Nordring sowie in der Boddinstraße in Neukölln der NSB-Neukölln und Karlshorst. Die Kämpfe beginnen um 20 Uhr.

Sie haben Sorgen

die bürgerlichen Sportführer um das Olympia

Kaum sind die Olympischen Spiele der bürgerlichen Rekordsportler in Los Angeles vorüber, da beginnen für die Herren Sportführer neue Sorgen 1936 soll Berlin die Spiele ausrichten und schon jetzt bangt man um die Unterbringung der aktiven Teilnehmer. Selbstverständlich kann so ein gottähnlicher Reformmann nicht etwa in einem Hotel wohnen, oder gar, wie es die Arbeitersportler in Wien taten, in Massenquartieren oder bei freundlichen Gastgeber, die vielleicht die letzte Decke und das knappe Brot mit ihm teilen.

Amerika bot den Lugus des „olympischen Dorfes“, einer eigens für diesen Zweck gebauten Siedlung, in der die Sportler nach Nationen streng geteilt (und hoffentlich diese wieder nach Maßgabe der Rekorde des einzelnen!) wohnen. In Berlin soll auch so ein Dorf entstehen. Bei Lichtomp will man es erbauen. Ein Muster ist vorhanden, Amerika spendete der deutschen Delegation ein Haus und danach soll gebaut werden.

Obwohl die Öffentlichkeit immer noch darauf wartet, zu erfahren, wie tief die Reichsregierung in den Säckel griff, um die deutsche Zugspedition mit den modernsten und teuersten Dampfern nach Amerika fahren zu lassen, haben bürgerliche Sportführer, die sich „verantwortlich für die deutsche Jugend und das deutsche Vaterland“ fühlen, keine anderen Sorgen, als die um den Aufbau eines olympischen Dorfes! Im Grunewald stehen die sogenannten Hochschule für Leibesübungen und das Sportforum, alles schöne große Gebäude mit vielen Zimmern. In Spandau ist das große Gebäude der preussischen Hochschule für Leibesübungen unbenutzt, aber deutsche Sportführer bauen olympische Dörfer!

Das „Reichskuratorium für Jugend-erziehung“ des Herrn Innenministers von Gagl plant den Bau von Wassersport-schulen. Junge Leute sollen darin ordentlich seemannisch gedrillt werden mit Leibes- und „Ordnungsübungen, Kleinstübungen“; sie sollen seemannisch schwimmen lernen — TB nennt es „seemannische Ausdrücke“ — und auch Rudern und Steuern. Schließlich sollen sie noch den Gebrauch der Seefarten, des Kompasses, der Fahrwasserbezeichnungen und seemannische Signale lernen. Für die Landsportler Geländebewegungen und Gepäckmärsche, für die Wasserportler Ausbildung auf dem Schiff — so wird für Soldatennachwuchs gefordert!

Arbeiter-Wasserball

Die letzten Spiele

Die Serienspiele nahmen einen recht bewegten Verlauf. Am Sonnabend waren es die Mannschaften von Charlottenburg II und Freiheit, die sich ein ziemlich gleichwertiges Spiel lieferten. Freiheit überraschte in diesem Kampf durch vorbildliche Angriffsfreudigkeit und verbesserte technisches Können, mußte aber trotzdem eine unerdiente 7:8-Niederlage hinnehmen. Charlottenburgs technisch guten Spielern mangelte es im ersten Teil des Spieles an Zusammenhang, dagegen bestimmte Freiheit das Tempo und erreichte mit gut verteiltem Stürmerpiel auch bald die zahlenmäßige Führung. Kurz vor Halbzeit gelang es Charlottenburg, durch Dedungsfehler der gegnerischen Verteidigung einige Tore aufzuholen. Halbzeitstand: 5:3 für Freiheit. Nach Wiederbeginn wurden die Leistungen der Charlottenburger in der Ballabgabe besser und trotz aufopfernder Abwehrarbeit des Gegners gelang es nun, aufzuholen und im spannenden Endkampf, der die Spielpartner völlig ebenbürtig sah, war Charlottenburg so glücklich, knapp vor dem Abpfiff den entscheidenden Treffer zu erzielen.

Luckenwalde bestritt am Sonntag sein erstes Spiel der Serie gegen Hellas II, kam aber trotz schimmernder Gleichwertigkeit nicht gegen die Spielerfahrenen Berliner auf. 9:5 (Halbzeit 5:1) lautete das Schlußergebnis für Hellas.

Was zu berichten ist

Achtung, Arbeitersportler! Mittwoch, 2. November, große Kundgebung der Arbeitersportler zur Reichstagswahl im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz. Termin freihalten! Kartell für Arbeitersport und Körperpflege.

Die Arbeitersportler. Der auf den Heimathafen des Regellubs Knorke ausgetragene Rückkampf mit Frei Holz (Spandau) endete mit dem Siege von Knorke mit plus 50 Holz. Es erzielten: Knorke: Holzhütter 738, Fischmann 712, Schmidt 711, Kriebel 697, Gosemann 692 Holz; Frei Holz: Schid 714, Morgenrot 717, Schönfeld 692, Martus 690, Schilling 685 Holz. Der Rückkampf mit dem Regellub Rührige Mannschaft findet Montag, 7. November, ab 17 Uhr, im Keglerheim Atlantic, Behmstraße 2, statt.

Die Sportschule Dietrich zeigte in einer Ratinee im Unioerum am Behniner Platz ihren Arbeitsplan und ihre Erfolge. Was Herr Dietrich und seine Assistentin Gretl Vetter, die über reiche Erfahrung im Sportlich-Gymnastischen verfügen, ihre Schüler vorführen ließen, ging teilweise über das hinaus, was man sonst bei solchen Instituten zu erwarten gewohnt ist. Was die Sportvereine im allgemeinen, Gymnastikschulen im besonderen bezwecken, nämlich dem arbeitenden Menschen einen Ausgleich für die einseitige Berufstätigkeit zu verschaffen, das erreicht keine Methode zweifellos, nur begibt Dietrich bei den öffentlichen Vorführungen den Fehler, Spitzentöner und -tönerinnen herauszustellen. Er sprach wohl von der Gymnastik der Älteren, zeigte sie aber nicht. Jungen Mädchen die „Kerze“ so tadellos beizubringen, wie sie gezeigt wurden, ist nicht schwer; nützlich ist, gerade den Älteren zu beweisen, daß sie für eine vernünftige Körperpflege immer noch jung genug sind. Ob man die in Privatinstitutionen oder in Sportvereinen betreiben will, ist nicht so sehr eine Frage der Methode als des Geldbeutels.

Volkssport Reutköhler-Beig. Handballspieler. Mittwoch, 26. Oktober, 20 Uhr, Sonnenplatz.

Volkssport Reutköhler-Beig. Die Übungsabende der neu eröffneten Abteilungen: Kinderturnabteilung: Mittwoch, 18 Uhr, Halle Richardstraße; 2. Frauenabteilung: Donnerstag, 20 Uhr, Halle Richardstraße; Sportlerinnenabteilung: Donnerstag, 20 Uhr, Doppelhalle Richardstraße; 3. Männerabteilung: Donnerstag, 20 Uhr, Doppelhalle Richardstraße; Bewegungssport: Freitag, 20 Uhr, Reutköhler Straße; Tennisabteilung: Donnerstag, 20 Uhr, Mariendorfer Straße.

Turn- und Sportverein „Eintracht“ Rügen. Übungsstunden: Schiller Dienstag, 17¼ Uhr, 1. Gemeindefschule (Kantstr.). Freitag, 17¼ Uhr, Dorstenschule (Wannschke). — Schillerinnen: Mittwoch, 17¼ Uhr, 7. Gemeindefschule (Freiheit). Freitag, 17¼ Uhr, Dorstenschule (Wannschke). — Leichtathleten: (Männer, Jungmädchen, Alterssportler, Jugend) Dienstag, 18¼ Uhr, 1. Gemeindefschule (Kantstr.). — Turner (Männer und Jugend) Freitag. — Damenabteilung: Freitag, 19¼ Uhr, Dorstenschule (Wannschke). — Wegen des Herbsturlaubes wird Sonntag, 23. Oktober, nur ein Handballspiel ausgetragen, und zwar spielt die 1. Schiller-mannschaft 15 Uhr auf dem Eichenweg gegen Weßen. Alle an dem Handball beteiligten Sportler treffen sich 15¼ Uhr in der Lindenstr. (Rüvenstraße). — Mittwoch, 27. Oktober, 20 Uhr, Jugendübung bei Sellnow, Rich 18.

Tennis-Rot Groß-Berlin. 1. Vereinsversammlung. Monatsversammlung Donnerstag, 3. November, 20 Uhr, bei Hoffmann, Pöcher Str. 8. Mitgliedsbücher nicht vergessen.

Arbeiter-Vision-Bund. Arbeitsgemeinschaft Berlin. Dienstag, 25. Oktober, 19 Uhr, alle Berliner Photovereine und Gruppen im Volkpark der Schule Kant. Es folgen: Lichtbildervortrag: Bildaufbau, anschließend Führung durch die Lichtbildausstellung der Freien Photovereine Berlin. Gäste willkommen.

NSB. Coelnwalde sucht für Sonntag, 30. Oktober, Gegner für 1. Mannschaft auf eigenem Platz. Angebote schriftlich oder fernmündlich Freitag ab 20 Uhr, Tege 1061. 2. Bezirk. Schiedsrichter. Rächte Schiedsrichterverammlung erst Mittwoch, 2. November. Rächtes im NSB.

Staats Theater
Dienstag, den 25. Oktober
Staatsoper Unter den Linden
19 Uhr
Die Meistersinger von Nürnberg
Staatliches Schauspielhaus
20 Uhr
Wilhelm Tell

Städt. Oper
Charlottenburg:
Fraunhofer 0231
Dienstag, 25. Okt.
Turnus II
Fidelio
20 Uhr
Bündner, Fiedler, Rode, Hüsch, Baumann, Esinger, Steier
Dirigent:
Paul Breisach.

Deutsches Theater
Weidend. 5201
8 Uhr
Prinz Friedrich von Homburg
Schauspiel von H. v. Kleist
Regie:
Max Reinhardt

8½ Uhr **CASINO-THEATER** 8½ Uhr
Lothringers Strasse 37.
Nur noch bis 3. November
auch Sonntags nachm. 4 Uhr
Königin der Luft
Am 4. November zum 1. Male:
Die Liebe blüht in Werder
Gutschein für die Leser 1—4 Personen
Faut. 0,75 M., Sessel 1-25 M., Park. 0,50 M

Stettiner Sänger
Reichshallen-Theater
(Dönhofsplatz)
Dir. Meysel. Dir. Meysel.
Tägl. 8-15 Uhr, Sonntags
3-30 Uhr (ermäßigte Pr.)
Das neue Programm
mit der Posse
„Und abends wird getanzt“

Haus Vaterland
ALFRED WAGNER
Vergnügungs-
Restaurant
Berlins
BETRIEB KEMPKINSKI

Winter Garten
4 Uhr 15. Flora 3434. Raden etc.
Bronett-Familie.
Lord Ain. 7 Alfredos.
Marianne u Roberts.
Dormonde. Mae Elgin.
Mary Erik u. Co. usw.

Rose-Theater
imde Frankfurter Straße 137
Tel. Weiden 1-7 3422
8,15 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick

Kammerspiele
8 Uhr
Schultes Bühne
Heiterer Ludwig-
Thoma-Abend
Die Brautschau
Erster Klasse

8½ Uhr **Schiller**
Bismarckstr. (Kale)
Steinpl. (C1) 6715
Täglich 8½ Uhr
Robert und Bertram
Alfred Bruns, Fritz Hirsch,
Senta Stöckel

Komödienhaus
Schiffbauerdamm 25
0 3 Weidend. 6304-05
Täglich 8¼ Uhr
Auslandreise
v. Oesterreicher u. Wirsching
Felix Bressart
Maria Paudier
Paul Heidemann

Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Auflage billig!
des Vorwärts und trotzdem

Wallnertheater
Tägl. 8¼ Uhr
Leibkutscher des FRIDERICUS REX
Schauspiel v. G. Quadenfeldt. Musik v. Jos. Sogus
Preise 1,50 bis 3 M. Vorverk. ab 10 Uhr.

Damen-Mäntel
zu ganz niedrigen Preisen
Maßanfertigung
spez. für starke Damen
Paul Linc, Damen-Mäntel-Fabrik
u. Hdlg., Neukölln, Reuterstr. 63

Ofen-Herde
WANNEN BIS 18 MONATS-RATEN
Leipziger
Radatz
Str. 122-123